

N i e d e r s c h r i f t

**der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.09.2016
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Herr Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 19:18
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 15:00
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 20:26
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 20:25
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 20:30
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 20:28
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 19:00
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), bis 20:20
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), ab 16:00
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), bis 19:23
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ab 14:36
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Markus Klätte	Stadtrat, bis 19:30
Alexander Raue	Stadtrat

Gerhard Pitsch

Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski
Sarah Heinemann
Manuela Plath
Wolfgang Aldag
Dr. Inés Brock
Helmut-Ernst Kaßner

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde von **Herrn Lange** eröffnet.

zu **Herr Fölsch zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Fölsch erklärte, dass er als Anwohner vom Bebauungsplan Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ betroffen ist. Er kritisierte die anvisierte Baumaßnahme. Anhand von Fotos zeigte er die Verkehrssituation am Heideweg auf. Er machte darauf aufmerksam, dass sich durch die Baumaßnahme der Verkehr wesentlich erhöhen wird und dass die Verwaltung die Verkehrssituation falsch einschätzt. Die Verkehrssituation in Dörlau sollte überdacht werden.

Herr Stäglin erklärte, dass die Hinweise aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung aufgegriffen wurden und in die Betrachtung mit eingeflossen sind. Ein daraufhin neu erstelltes Verkehrsgutachten wies nach, dass die Verkehrsbelastung vertretbar ist.

zu **Herr Dr. Röhl zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Dr. Röhl fragte, warum die Ängste der Bürger zum Bebauungsplan Nr. 162 nicht ernst genommen werden. Er erklärte, dass auf dem Grundstück zwei große Wasserriegel aufeinander treffen, die dann entsprechend Abfluss suchen. Das dafür erstellte hydrologische Gutachten bestätigt dies. Die Bürger haben Angst um die Standsicherheit ihrer Häuser.

Herr Stäglin entgegnete, dass die Ängste und Hinweise der Bürger wohl wahr aufgegriffen und ernst genommen werden. Die jeweiligen Fachbereiche haben intensiv geprüft.

zu **Herr Härtig zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Härtig fragte, warum die Bürgerinnen und Bürger nicht mit in die Abwägung der Hinweise aus der Bürgerschaft einbezogen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass alle Hinweise aus den Bürgerveranstaltungen aufgenommen wurden. Daraufhin hat der Investor seine Pläne geändert. In einer repräsentativen Demokratie entscheidet letztendlich der Stadtrat.

Herr Härtig appellierte an die Stadträtinnen und Stadträte, diese Vorlage heute von der Tagesordnung zu nehmen und die Bürger mit in den Prozess einzubeziehen.

zu **Herr Sieber zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Sieber sagte, dass der Stadtrat den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 162 als Angebot und Grundlage der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange

beschlossen hat. Er fragte, ob es eine Täuschung des Stadtrates ist, wenn dann ein Verfahren wie mit einem bereits beschlossenen B-Plan durchgeführt wird.

Herr Stäglin antwortete, dass es keinen beschlossenen B-Plan gibt. Es gibt lediglich einen Entwurf. Der erste Entwurf wurde aufgrund umfangreicher Kritik in den Bürgerveranstaltungen überarbeitet und anschließend in den Gremien vorgestellt mit einem entsprechenden Votum des Stadtrates, diesen zweiten Entwurf auslegen zu können. Von einer Täuschung kann hier nicht gesprochen werden. Im nächsten Schritt erfolgt die Abwägung.

zu **Herr Schöffner zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Schöffner sagte, dass zum Bebauungsplan Nr. 162 von 582 Einwohnern Dölaus Stellungnahmen abgegeben wurden. Keiner dieser Stellungnahmen und Hinweise wurde im Abwägungsprozess berücksichtigt. Er fragte nach den Gründen und ob die GWG, als städtisches Unternehmen, hier bevorzugt wird.

Herr Stäglin sagte, dass der Verwaltung ein Antrag vorliegt. Es spielt keine Rolle, ob es sich dabei um einen städtischen Investor oder einen privaten Investor handelt. Wie zuvor machte er deutlich, dass im Rahmen der Bürgerveranstaltungen viele Hinweise und Anregungen von der Verwaltung aufgenommen wurden. Einige eingegangene Hinweise lassen sich einfach nicht auf der Ebene eines Bebauungsplanes regeln.

zu **Herr Steinweg zum Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg"**

Herr Steinweg sagte, dass er von der Verwaltung keine Antwort zu seinen Hinweisen zum B-Plan 162 erhalten habe. Auch er kritisierte, dass die Verwaltung nicht auf die Stellungnahmen der Bürgerschaft eingegangen ist. Er appellierte an die Vertreter des Stadtrates, diese Beschlussvorlage von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und ein weiteres Gespräch mit den Bürgern abzuwarten.

Zur Thematik der Beteiligung erklärte **Herr Stäglin**, dass der Verwaltung 582 Stellungnahmen der Bürgerschaft vorliegen. Davon 388 auf Vordrucken der Bürgerinitiative, 16 mit abgeänderten Formdrucken und 130 haben Ergänzungen auf dem Formblatt vorgenommen. 48 Bürgerinnen und Bürger haben individuell ihre Hinweise gegeben. Es gibt keine Wertigkeit von der Zahl der abgegebenen Stellungnahmen. Sowohl jeder Vordruck, wie auch jede individuelle Stellungnahme wird gleichermaßen berücksichtigt und bearbeitet. Diese Punkte wurden in 120 „Bausteine“ thematisch gegliedert. Die Abwägung zu den einzelnen Blöcken ist öffentlich und für jedermann einsehbar. Eine Antwort erhält jedermann erst, wenn feststeht, wie mit seinem Belangen umgegangen wird. Darüber entscheidet und beschließt der Stadtrat.

zu Herr Woudenberg zum ISEK 2025

Herr Woudenberg bezog sich auf die Vorlage Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2025.

Er als Mitglied der Stiftung Altes Rathaus bezog sich auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und merkte an, ob der Verwaltung bewusst ist, dass eine Unterstützung bei der Gründung einer Stiftung Altes Rathaus als bürgerschaftliches Projekt nicht die Bereitstellung finanzieller Mittel voraussetzt. Das wird von den Stiftungsgründern nicht gefordert. Vielmehr geht es um bürgerschaftlichen Engagement.

Er sagte weiter, dass es abwegig ist, dass der Marktplatz nach einer Wiedererrichtung des Alten Rathauses zu klein wäre. Es gibt durchaus viel Platz auf dem Markt.

Herr Stäglin erklärt, dass die Verwaltung mit dem Entwurf zur Offenlage des ISEK einen Textvorschlag vorgelegt hat. Die Fraktion DIE LINKE schlägt hier mit ihrem Änderungsantrag die Streichung des Passus zum Alten Rathaus vor. Die Verwaltung empfiehlt, diesen Beschlusspunkt abzulehnen. Letztendlich entscheidet der Rat über den Entwurf.

zu Herr Schmalfeld zum ISEK 2025

Herr Schmalfeld bezog sich ebenfalls auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Er fragte, ob der Verwaltung bekannt ist, dass im Salinemuseum zahlreiche alte Originalsteine des Alten Rathauses, vor allem des Portals des Barockflügels, geborgen und eingelagert sind und das zum Beispiel ein Wiederaufbau des Barockportals des Alten Rathauses keinesfalls einen reinen Neubau darstellen würde, sondern eher eine Wiedergutmachung und Wiederherstellung eines durch Krieg- und Nachkriegszeit zerstörten Gebäudes.

Herr Stäglin bejahte dies.

zu Frau Gerlieb zum ISEK 2025

Frau Gerlieb bat um Erklärung, unter welchen politischen Ansatz kommunale Wohnungsunternehmen wie die HWG und im speziellen die GWG sich aus sozialen Brennpunkten wie dem Südpark zurückziehen, um sich in bereits attraktiven Lagen wie des Paulusviertels mit hochpreisigen Wohnraum zu engagieren. Sie fragte nach den Ansätzen dieser Gentrifizierung entgegen zu treten.

Sie bat die Stadträtinnen und Stadträte um Absetzung der Tagesordnungspunkte 7.12 und 7.13 zur weiteren Diskussion im Planungsausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Wohnungsgesellschaften in allen Stadtteilen Halle (Saale) aktiv sind und weiterhin bleiben.

zu Herr Fischer zum ISEK 2025

Herr Fischer bezog sich auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum ISEK 2025, Punkt 8 und Begründung. Er erklärte, dass die Konzentration sämtlicher Nutzungen auf dem Marktplatz zu einer Benachteiligung andere öffentlicher Plätze wie dem Hallmarkt, Domplatz,

Salzgrafenplatz und dem Alten Markt führt und somit zu einer Abwertung dieser Stadtteile. Er fragte, ob dies allen Anwesenden so bewusst ist.

Er merkte weiter an, dass eine Rettung der Denkmalgebäude erfolgen muss.

Herr Stäglin verdeutlichte abermals, dass es nun an den Fraktionen liegt, entsprechende Änderungen einzubringen oder dem Entwurf der Verwaltung so zuzustimmen.

zu **Herr Thomas zum ISEK 2025**

Herr Thomas sagte, dass sämtliche Bürgerbeteiligung nicht zielführend ist, wenn dann Fraktionen mittels Änderungsanträgen Streichungen im ISEK beabsichtigen, welche nicht den Wünschen der Bürgerschaft entsprechen. Er bat um entsprechende Vermittlung an diejenigen Stadträtinnen und Stadträte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der heute zu treffende Beschluss erstmal ein Beschluss zur öffentlichen Auslegung ist. Innerhalb dieser Zeit besteht wieder die Möglichkeit, Hinweise und Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Nach entsprechender Abwägung entscheidet letztlich der Rat, das bedeutet die von der Bevölkerung gewählten Vertreter.

Herr Thomas bat darum, künftig mehr namentliche Abstimmungen durchzuführen.

zu **Herr Klotzsche zur Flächenverteilung in der Stadt**

Herr Klotzsche sagte, dass in Halle (Saale) überwiegend der Fahrzeugverkehr dominiert. Er fragte, was die Verwaltung zukunftsorientiert angestrebt, um den Bürgern eine Fahrzeugarme bis Autofreie Stadt zu ermöglichen.

Herr Stäglin sagte, dass immer wieder Grünflächen aufgewertet und fertiggestellt werden. Beispielhaft nannte er die neu geschaffene Fläche am Steintor.

Die heute auf der Tagesordnung stehenden Vorlage „Verkehrspolitische Leitlinien“ dient dem Ziel der Förderung aller Baumaßnahmen, die dem Umweltverbund nutzen. Die Anteile zum Fußgänger- und Radverkehr sowie des ÖPNV sollen gesteigert werden. Mit dem Stadtbahnprogramm soll vor allen der ÖPNV positiv gefördert werden. Ziel der Verkehrspolitischen Leitlinien ist die Schaffung einer Autoarmen Innenstadt. Aufgrund von Erreichbarkeit- und Mobilitätswünschen ist aber eine Autofreie Innenstadt nicht realisierbar.

zu **Frau Dr. Heftrig zum alten Planetarium**

Zum alten Planetarium fragte **Frau Heftrig**, ob die Abrissfirmen besondere Bauteile oder Ausstattungsgegenstände (z.B. Projektor des Sternenhimmels, Teleskop der Sternwarte, eine kleine zu öffnende Metallkuppel, Aluminiumbekrönung auf dem großen Kuppelbau, Schriftzug) bergen sollen. Weiter wo diese Bauteile dann aufbewahrt werden.

Zuletzt fragte sie, wer die Kosten des Abrisses, sollten sie überstritten werden, tragen wird.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass sowohl Teleskop, Projektor und Schriftzug geborgen werden sollen. Wo dies dann aufbewahrt und ausgestellt wird, ist noch nicht bekannt. Sollten Mehrkosten für den Abriss entstehen, wird dieses entsprechend beantragt, da dies zu 100% förderfähig ist.

zu Frau Rohrbach zum Werbekonzept

Frau Rohrbach sprach als Vorsitzende der Interessengemeinschaft Alter Markt zur heute auf der Tagesordnung stehenden Vorlage Werbenutzungskonzept. Sie fragte, warum keine Beteiligung der Händler des Alten Marktes erfolgt ist, obwohl dies so im Konzept verankert ist.

Herr Stäglich erklärte, dass man mit der City- Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. im Kontakt war. Sowohl die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. und das Dienstleistungszentrum haben vorab den Entwurf erhalten.

zu Herr Cautius zum TOP 7.2 und TOP 10.2 sowie TOP 7.22 und TOP 9.2

Herr Cautius merkte an, dass die Zeitangaben im Tagesordnungspunkt 7.2 und 10.2 wohl nicht stimmen können. Zu den Tagesordnungspunkte 7.22 und 9.2 verstehe er nicht, warum hier Fahrradschnellwege errichtete werden sollen.

Frau Ernst erklärte, dass sich die Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) unter dem TOP 10.2 auf den Bewerbungsprozess im Jahr 2010 bezieht. Es handelt sich hier um unterschiedliche Bewerbungsphasen.

Herr Stäglich erklärte, dass es bei dem Antrag nicht um eine Legalisierung des Radverkehrs auf dem Marktplatz geht, sondern zu schauen, ob es Flächen in der Stadt gibt, mittels derer man zügig ohne Kreuzung des Individualverkehrs an andere Orte fahren kann.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von **Herrn Hendrik Lange** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange informierte, dass von der Tagesordnung folgende Punkte zu nehmen sind:

- 7.20 Glauchaer Straße - Bebauungskonzept
Vorlage: VI/2016/01982
→ im Fachausschuss vertagt

- 7.23 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2017
Vorlage: VI/2016/02118
→ im Fachausschuss vertagt
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2016/01956
→ vom Antragsteller zurückgezogen
- 8.4 Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196
→ im Fachausschuss vertagt
- 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957
→ im Fachausschuss vertagt
- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulwegsicherheit vor Grundschulen
Vorlage: VI/2016/02022
→ vom Antragsteller zurückgezogen
- 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401
→ im Fachausschuss vertagt

Im Weiteren informierte er über folgende Änderungen und Ergänzungen:

- 7.2 Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025"
Vorlage: VI/2016/02335
→ hier liegt ein Änderungsantrag aller Fraktionen vor, Behandlung unter TOP 7.2.1
- 7.3.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291
→ Beschlussvorschlag geändert
- 7.3.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02294
→ Beschlussvorschlag geändert

- 7.3.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02131
→ Beschlussvorschlag geändert
- 7.5 Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von Mitgliedern in den Beirat
Vorlage: VI/2016/02297
→ hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Behandlung unter TOP 7.5.1
- 7.6 Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, Behandlung unter TOP 7.6.1
- 7.7 Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018
Vorlage: VI/2016/01794
→ Änderung in der Anlage, Projekt 4.1.9 ergänzt
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Behandlung unter TOP 7.7.1
- 7.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292
→ Beschlussvorschlag geändert
- 7.10 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) - 1. Fortschreibung
Vorlage: VI/2016/01739
→ Änderungen in der Sachdarstellung und im Konzept
- 7.21 Gestaltungsbeirat 2016 – 2018
Vorlage: VI/2016/02157
→ Beschlussvorschlag geändert
- 7.25 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße
Vorlage: VI/2016/02107
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) vor, Behandlung unter TOP 7.25.1
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufstrecken im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/01955
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 8.5.1
- 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Engagement-Beirat
Vorlage: VI/2016/02313
→ Beschlussvorschlag geändert

- 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02317
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, Behandlung unter TOP 9.2.1
- 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02318
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, Behandlung unter TOP 9.3.1
- 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VI/2016/02310
→ Beschlussvorschlag geändert
- 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation
Vorlage: VI/2016/02323
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 9.7.1
- 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329
→ hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 9.8.1

Herr Krause informierte, dass der Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt

- 7.6 Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106

im Hauptausschuss aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Herr Lange informierte über vorliegende Dringlichkeitsvorlagen:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnliche Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02364

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion, DIE LINKE Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Erhalt der Bundesstützpunkte Schwimmen, Rudern, Leichtathletik und Wasserspringen und zum Fortbestand der Eliteschulen des Sports in Halle
Vorlage: VI/2016/02368

Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02195

Herr Lange bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
VI/2016/02364 2/3 Mehrheit

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
VI/2016/02368 2/3 Mehrheit

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
VI/2016/02195 2/3 Mehrheit

Herr Scholtyssek fragte, warum der Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels (VI201501296) nicht auf der Tagesordnung steht.

Herr Stehle informierte, dass der Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 06.08.2016 beraten und beschlossen wurde. Eine weitere und erforderliche Behandlung im Finanzausschuss hat nicht stattgefunden und daher nun auch nicht im Stadtrat. Der Antrag müsste regulär in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses behandelt werden, so dass dann entsprechend eine Beschlussfassung im Stadtrat Oktober erfolgen kann.

Herr Raue bat um Vertagung der Tagesordnungspunkte

7.12. Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01983

7.13. Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01984

aufgrund der Hinweise der Bürgerinnen und Bürger zur Einwohnerfragestunde. Im Rahmen eines Bürgerdialogs sollte eine einvernehmliche Lösung erzielt werden.

Abstimmungsergebnis auf Vertagung: mehrheitlich abgelehnt
VI/2016/01983
VI/2016/01984

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung. **Herr Lange** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 31.08.2016
Vorlage: VI/2016/02330
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02283
- 7.2. Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025"
Vorlage: VI/2016/02335
- 7.2.1. Änderungsantrag der Fraktionen im Stadtrat zur Beschlussvorlage „Erstellung eines
Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025"" (Vorlagennummer: VI/2016/02335)
Vorlage: VI/2016/02373
- 7.3. Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
- 7.3.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes
Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291
- 7.3.2. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes
Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02294
- 7.3.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten
Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)
Vorlage: VI/2016/02068
- 7.3.4. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten
Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02131
- 7.3.5. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes
Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02296
- 7.4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2015
Vorlage: VI/2016/02108

- 7.5. Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von Mitgliedern in den Beirat
Vorlage: VI/2016/02297
- 7.5.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von Mitgliedern in den Beirat" (Vorlagen-
Nummer: VI/2016/02297)
Vorlage: VI/2016/02355
- 7.6. Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des
Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106
- 7.6.1. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Zweckvereinbarung über die ständige
Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den
Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2016/02361 *zurückgezogen*
- 7.7. Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018
Vorlage: VI/2016/01794
- 7.7.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018" (Vorlagennummer: VI/2016/01794)
Vorlage: VI/2016/02340
- 7.8. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt
für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bauen für die Baumaßnahme HES 4. BA
Vorlage: VI/2016/02138
- 7.9. Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01895
- 7.9.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der
Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292
- 7.10. Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) - 1.
Fortschreibung
Vorlage: VI/2016/01739
- 7.11. Bebauungsplan Nr. 45 Halle, Ortslage Radewell - Aufhebungsbeschluss -
Vorlage: VI/2016/01908
- 7.12. Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01983
- 7.13. Bebauungsplan Nr. 162 "Dölau, Wohngebiet am Heideweg" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01984
- 7.14. Bebauungsplan Nr. 163 "Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße" - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01716
- 7.15. Bebauungsplan Nr. 167, „Sportpark Karlsruher Allee“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01780

- 7.16. Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01781
- 7.17. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 126 Rudolf-Haym-Straße Nr. 25b-e, 26 -
Aufhebungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01911
- 7.18. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 175 " Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger
Bogen " - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02075
- 7.19. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 175 " Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger
Bogen " - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02076
- 7.20. *Glauchauer Straße - Bebauungskonzept*
Vorlage: VI/2016/01982 vertagt
- 7.21. Gestaltungsbeirat 2016 – 2018
Vorlage: VI/2016/02157
- 7.22. Kriterien zur Planung und Gestaltung von Radverkehrsanlagen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01621
- 7.23. *Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2017*
Vorlage: VI/2016/02118 vertagt
- 7.24. 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01847
- 7.25. Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße
Vorlage: VI/2016/02107
- 7.25.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss
Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße - Vorlagen-Nr.:
VI/2016/02107
Vorlage: VI/2016/02379
- 7.26. Einziehung eines Teilstücks der Jenaer Straße
Vorlage: VI/2016/02109
- 7.27. Änderung des Baubeschlusses vom 29.02.2012-BV-Nr. V/2010/08946
Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt
Delitzscher Straße bis Berliner Straße B100
Vorlage: VI/2016/02126
- 7.28. Fluthilfemaßnahme HW 290 Rückbau der Kleingartenanlage „Saaletal Lettin" e.V.
Vorlage: VI/2016/02044
- 7.29. Baubeschluss für Fluthilfemaßnahme HW 41 Neubau Planetarium im Gasometer
Vorlage: VI/2016/02140
- 7.30. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnliche
Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02364

8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschaffung eines mobilen Schlauchbootes
Vorlage: VI/2016/02218
- 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/01950
- 8.3. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung*
Vorlage: VI/2016/01956 zurückgezogen
- 8.4. *Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2016/02196 vertagt
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufstrecken im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/01955
- 8.5.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufwegen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/02367
- 8.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale*
Vorlage: VI/2016/01957 vertagt
- 8.7. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulwegsicherheit vor Grundschulen*
Vorlage: VI/2016/02022 zurückgezogen
- 8.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der städtischen Förderrichtlinien in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: VI/2016/02213
- 8.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf des Grundstücks Schopenhauerstraße 4
Vorlage: VI/2016/02215
- 8.10. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01401 vertagt
- 8.11. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Darstellung von Maßnahmen der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, des Dienstleistungszentrums Wirtschaft und Wissenschaft und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2016/02020

- 8.12. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang mit Investorenanfragen
Vorlage: VI/2016/02185
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Engagement-Beirat
Vorlage: VI/2016/02313
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02317
- 9.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02362
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02318
- 9.3.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02363
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013
Vorlage: VI/2016/02319
- 9.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VI/2016/02310
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Ersatzparkplätzen für Stadionanrainer
Vorlage: VI/2016/02311
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation
Vorlage: VI/2016/02323
- 9.7.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation (VI/2016/02323)
Vorlage: VI/2016/02356
- 9.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329
- 9.8.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358

- 9.9. Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU/FDP, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und SPD zum Erhalt der Bundesstützpunkte Schwimmen, Rudern, Leichtathletik und Wasserspringen und zum Fortbestand der Eliteschulen des Sports in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02368
- 9.10. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02195
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Objekt Reilstraße 77/78
Vorlage: VI/2016/02324
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Bewerbung um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2010"
Vorlage: VI/2016/02309
- 10.3. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung von Gewerbeflächen
Vorlage: VI/2016/02312
- 10.4. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Überschwemmungen bei Starkregenereignissen
Vorlage: VI/2016/02209
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Wassertourismuskonzept
Vorlage: VI/2016/02216
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Montagsdemos
Vorlage: VI/2016/02178
- 10.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berichterstattung zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2016/02320
- 10.8. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung des Hufeisensee-Areals
Vorlage: VI/2016/02316
- 10.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Projekt Aufgabenkritik und Prozessoptimierung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02306
- 10.10. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VI/2016/02315
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: VI/2016/02180

- 10.12. Anfrage der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zu den Ausbauvorhaben der 2. Stufe des Stadtbahnprogramms: Abschnitte Merseburger Straße Mitte und Süd
Vorlage: VI/2016/02034
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Radwegeverbindungen zwischen Halle und Leipzig
Vorlage: VI/2016/02327
- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung des neuen Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/02325
- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation weiblicher Geflüchteter in Halle
Vorlage: VI/2016/02202
- 10.16. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Arbeit des Ausländerbeirats
Vorlage: VI/2016/02322
- 10.17. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradregistrierungen
Vorlage: VI/2016/02321
11. Mitteilungen
- 11.1. Quartalsbericht I/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2016/01882
13. Anregungen
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 31.08.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 31.08.2016 Vorlage: VI/2016/02330

Herr Lange informierte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 31.08.2016 ausgegangen und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, ich möchte ganz gern beginnen mit einer Information.

Der Landesrechnungshof prüft ab der 46. Kalenderwoche den Bereich Kindertagesstätten in der Stadtverwaltung. Unter anderem Auszahlungen und Rückforderungen.

Ich möchte werben für den Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2016. Um 19 Uhr treten die Prinzen auf und um 13:30 Uhr, im Rahmen des Festivals Radiorevolten, gibt es Sprechtexte zur deutschen Einheit. Hier werbe ich darum, dass Sie gegebenenfalls mit der Verwaltung gemeinsam Texte dann auch in Sprechform darbieten. Das ist eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Festival.

Ja, zur Stadtmitte. Auch hier tut sich einiges. Wir haben heute den Startschuss gegeben zur Veränderung der Stadtmitte, also des Riebeckplatzes. Beteiligt an den ersten Maßnahmen sind einmal Radio Corax, Werkleitz und die HWG und die Künstlerkolonie und der Grüne Winkel. Es soll ein Wohngeschäftshaus entstehen. Es sollen Wohngebäude renoviert werden. Radio Corax und Werkleitz werden in ein renoviertes Gebäude einziehen und es ist vorgesehen, dort ein Hotel zu errichten. So sah das heute Vormittag aus. Die Künstler haben hier noch mal eine Baustelle symbolisiert und wollen hiermit eine Veränderung zu einem wesentlichen Teil des Riebeckplatzes beitragen.

Wir haben zwei Zukunftswerkstätten durchgeführt. Ich möchte mich noch mal ausdrücklich bei den Stadträten bedanken, die an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben. Und zwar im Südpark und in Nietleben. Und haben dort versucht, gemeinsam mit den Bürgern nach Lösungen für die Zukunft zu suchen. In Nietleben war es die zweite Zukunftswerkstatt, die wir durchgeführt haben. Im Südpark wird die zweite Zukunftswerkstatt durchgeführt im Januar des nächsten Jahres.

Wie Sie wissen, wird heute der Haushalt eingebracht. Auch hier möchte ich einen Vorgriff geben. Der Haushalt ist wie immer, wenn wir ihn einbringen, ist er ausgeglichen. Wir möchten natürlich auch, dass er wieder ausgeglichen rauskommt. Ich freue mich auf die spannende Diskussion. Herr Geier wird ausführlich dann darauf eingehen.

Im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters gibt es keine Veränderungen im Zuschussbedarf. Das heißt, hier gibt es nach wie vor den gleichen Ansatz im Zuschuss, so dass der Geschäftsbereich OB unverändert bleibt. Der Zuschussbedarf in den Erträgen liegt bei 28 Millionen, der Aufwand bei 65 Millionen. Wir haben Schwerpunkte gesetzt in den Veränderungen in den einzelnen Bereichen im Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft. Dort ist das Auslaufen der Landesförderung Breitband mit einer Veränderung von -0,08. Beim Fachbereich Sicherheit geht es um die Einnahmeerhöhung des Rettungsdienstes. Wie Sie wissen, wird das in der Aufwandsposition dann wieder aufgefangen, weil es als kostenrechnende Einrichtung geführt wird. Sie sehen beim Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft auch hier die Minimierung des Eigenanteils mit 0,11 Millionen Euro. Beim Fachbereich Sicherheit geht es im Wesentlichen beim ITW um die Leistungen im Rettungsdienst. Und im Büro des Oberbürgermeisters geht es darum, den Anstieg der Bekanntmachungskosten laut Vertrag mit der Mitteldeutschen Zeitung um 0,03 Millionen Euro. Die Schwerpunkte, die wir uns gesetzt haben im Jahr 2017 und das korrespondiert dann auch mit den Haushaltsansätzen, ist, dass wir im

Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft die Gewerbeflächenentwicklung im Konzern Stadt erweitern müssen. Wie Sie wissen, sind wir im Star Park momentan sehr stark in den Verhandlungen, so dass wir davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren dort sämtliche zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen dann ausgebucht haben und wir dringend innerhalb unserer Stadtgrenzen neue Gewerbeflächen entwickeln müssen. Das Dienstleistungszentrum Migration und Integration. Hier geht es um die Integration von Geflüchteten in der Stadt Halle und natürlich auch der wesentliche Ansatz, dass in Arbeit bringen auf den ersten Arbeitsmarkt. Beim Büro des Oberbürgermeisters geht es um die Projektentwicklung des Riebeckplatzes. Beim Fachbereich Recht um die Einführung der elektronischen Akte und der digitalen Digitiertechnik. Im Fachbereich Sicherheit, wie Sie wissen, stehen zwei große Komplexe an. Das ist einmal die Vergabe des Rettungsdienstes und die Diskussion, die wir dann durchführen müssen, wenn es darum geht, den Werbenutzungsvertrag europaweit auszuschreiben. In der Wirtschaft eigentlich nur ein Ansatz aus dem Star Park. Hier haben wir die Mitteilung erhalten, das Great View das Werk erweitern will und bis zu 23 Millionen investieren will. Also ein Erweiterungsbau der durchgeführt wird und darauf freuen wir uns natürlich sehr, dass gerade dieses Unternehmen, das eines der ersten war im Star Park, hier sich zu einer Erweiterung in dieser Millionensumme entschieden hat.

Meine Damen und Herren, das war es zunächst von meiner Seite. Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

-Ende Wortprotokoll-

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Lange

Vielen Dank Herr Oberbürgermeister. Jetzt ist es möglich unter Punkt 6 eine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters durchzuführen, wenn das eine Fraktion verlangt. Gibt es dieses Verlangen seitens einer Fraktion? Das sehe ich nicht, dann ist Punkt 6 geschlossen und wir kommen zu den Beschlussvorlagen.

-Ende Wortprotokoll-

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015** Vorlage: VI/2016/02283

Alle Beigeordneten stellten den Haushaltsentwurf für ihren Geschäftsbereich anhand einer Präsentation kurz vor.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

in den

Bildungsausschuss, Ausschuss für Personalangelegenheiten; Kulturausschuss;
Jugendhilfeausschuss; Ausschuss für Planungsangelegenheiten;
Sportausschuss; Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten;
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss;
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

zu 7.2 **Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025"** Vorlage: VI/2016/02335

zu 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktionen im Stadtrat zur Beschlussvorlage „Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025" (Vorlagennummer: VI/2016/02335) Vorlage: VI/2016/02373**

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Lange

So meine Damen und Herren, wir kommen zur Erstellung Grobkonzept Kulturhauptstadt Europas. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag und ich würde den Oberbürgermeister um Einbringung seines Antrages bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte. Wenn man die Zeitleiste sich ansieht, in der ein solches Verfahren abläuft, möchte ich das ganz kurz darstellen. 2025 finden die Veranstaltungen zur europäischen Kulturhauptstadt Europas statt. Vier Jahre vorher, 2021, wird die Entscheidung darüber getroffen. 2019 oder Ende 2018 kommen die Bewerbungsunterlagen raus. Es gibt also momentan noch keine Bewerbungsunterlagen, worauf man sich bewerben kann. Das führt natürlich auch zu der Annahme und zur

Diskussion, was ist das für eine Angelegenheit? Eine Fragestellung – bewerben sich die Stadt Halle um diesen Titel Kulturhauptstadt Europas – ist das eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung oder ist das eine Angelegenheit von so wichtiger Bedeutung, dass hier der Stadtrat darüber entscheiden muss? Ich halte es für meine Aufgabe, Ihnen diese Frage vorzulegen. Wenn Sie ablehnen, wenn Sie sagen, nein, Sie möchten das nicht, dann ist das in Ordnung. Dann hat der Stadtrat selbstverständlich das so auch entschieden. Aber die Angelegenheit ist so bedeutend, dass Sie ein Votum treffen müssen. Aus unserer Perspektive würden wir mit einem solchen Verfahren viele Dinge vereinen. Sie haben das ja auch in Ihrem Änderungsantrag deutlich gemacht. Wir würden alle Kultureinrichtungen beteiligen, wir würden die Bürger beteiligen natürlich, selbstverständlich. Und wir würden uns alle dahinter versammeln können, hätten noch mal die einmalige Chance bis 2021, um dann auch, wenn wir dennoch diese Veranstaltung für 25 durchführen, ein kulturelles Veranstaltungsjahr 25 durchzuführen. Also sehr viele Vorteile, wo wir uns insgesamt versammeln können hinter diesem Antrag. Deshalb finde ich es sehr positiv, dass dieser Änderungsantrag gekommen ist, den die Verwaltung im vollen Umfang übernimmt.

Herr Lange

Gut. Dann ist der Änderungsantrag so übernommen. Und dann kann, wenn es Ihrerseits keine weiteren Wortmeldung dazu gibt, ja? Herr Oberbürgermeister noch einmal.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich ganz gern noch mal die Gunst der Stunde nutzen, um Ihnen doch noch einige Dinge zum Bewerbungsverfahren zu sagen. Sind Sie so nett und spielen ein?

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Kriterien sagen, der Bewerbung. Und dann wird eigentlich deutlich, dass Sie mit dem Änderungsantrag eigentlich sehr gut liegen und ich, wenn Sie mich damit beauftragen und wir kriegen nachher eine Mehrheit damit zusammen, das ich damit sehr gut arbeiten kann. Der Grundtenor der Bewerbung, so wie er letztendlich in der Begutachtung aufgetreten ist, dass das Thema nicht als Lückenbüßer oder Füllstoff leerer Gebäude dient, sondern als Konzept zur Sanierung der zivilen Grundlagen und zur Entwicklung der politischen Handlungsfähigkeit. Und Sie merken bereits daran, auf welchen Ebenen wir uns dann auch bewegen. Die Kriterien stehen fest. Es ist also relativ simpel, die einzelnen Merkmale, die ich Ihnen ganz gern noch einmal im Schnelldurchlauf zeigen möchte, mit dem Thema, wenn man ein Thema dann bekommt, abzugleichen. Also aus der Sicht der Bewertung heraus, das Thema anzugehen. Und das ist auch erforderlich. Sie müssen und wir müssen, wenn wir jetzt in den Beratungen und auch in der Vorbereitung auf Ihren Änderungsantrag im nächsten Jahr darüber befinden, wir müssen sehr detailgetreu uns an die Bewertungskriterien halten. Ansonsten, das muss man auch deutlich sagen, hat ein Antrag keine Aussicht auf Erfolg. Und wenn wir kein Thema finden sollten, dass diesen Kriterien genügt, dann brauchen wir uns auch nicht zu bewerben. Und von daher müssen auch alle mitmachen. Müssen auch die Bürger mitmachen, in dieses Verfahren einbezogen werden und ich beginne mal sehr zügig mit den einzelnen Kriterien.

Zur Langzeitstrategie.

Es muss also eine Kulturstrategie her. Diese Kulturstrategie muss zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Kultur- und Kreativbereichs vorhanden sein. Es muss eine Verzahnung geben der Kultur, Wirtschaft und Soziales. Es müssen Auswirkungen des Titels erkennbar sein auf die Bewerberstadt. Und dieses muss messbar sein im Hinblick auf die Auswirkungen eines Titels. All dieses muss bereits die Bewerberschrift erfüllen. In den letzten Bewertungen, in den Görlitz und Essen gewonnen haben, hat man in der Begründung reingeschrieben, ein Beitrag zur europäischen Kunst- und Geistesgeschichte könnte es sein, ein Umbruch muss es sein, der die Entwicklung vieler Städte beherrschen wird. Also nicht nur ein Thema aus unserer Stadt, sondern ein Thema, dass alle anderen Städte auch betrifft. Es muss ein Zugang zu Kultur vorhanden sein und die Teilhabe an der Kultur erweitern. Das kulturelle Angebot der Stadt vergrößern. Ich kann also auch nicht ein Thema nehmen, dass

aktuell ein kulturelles Thema in der Stadt ist, sondern das kulturelle muss in der Stadt erweiterbar sein. Die mediale Verbreitung und die touristische Wirkung muss in die Bewerbung einfließen.

Die europäische Dimension.

Meine Damen und Herren, dadurch, dass es ein EU-Projekt ist, ist alles auf die europäische Union abzustellen. Das heißt, das Thema muss der Förderung der kulturellen Vielfalt in Europa dienen. Die Gemeinsamkeiten der einzelnen Kulturen müssen hervorgerufen werden. Es sind Aktivitäten, die von den europäischen Künstlern getragen werden. Also nicht nur ausschließlich von Künstlern hier, in dem man sich denkt, wir nehmen jetzt irgendetwas, sondern es muss von europäischen Künstlern getragen werden können. Ziel ist es, mit diesem Thema die Erreichung eines breiten europäischen und internationalen Publikums. Hier hat man das so begründet bei den Themen, dass es eine grenzüberschreitende Relevanz hat, die einzelnen Themen, und das der internationale Dialog gefördert wird.

Bei den Themen kulturelle und künstlerische Inhalte, da muss es eine künstlerische Vision und Strategie für das Kulturprogramm geben. Es müssen die örtlichen Künstler und Kulturorganisationen einbezogen werden. Der Umfang und Vielfalt der vorgeschlagenen Aktivitäten müssen das Thema ergeben. Die Fähigkeit das lokale Kulturerbe mit neuen, und das ist das entscheidende, Ausdrucksformen zu verknüpfen. Also es kann also nicht ein Thema sein, das bereits in der Stadt herrscht, sondern es muss ein neues Thema sein. Eine neue Ausdrucksform. Hier hat man in der Begründung angegeben, die Förderung des kreativen Schaffens und die Förderung kultureller Veranstaltungen von europaweiter Ausstrahlung und Anziehungskraft.

Bei der Umsetzungsfähigkeit muss es eine politische Unterstützung, entweder auf lokaler, regionaler und der nationalen Behörden vorhanden sein. Es muss eine tragfähige Infrastruktur da sein, um die Veranstaltung durchführen zu können. Bei der Erreichung und Einbindung der Gesellschaft, und das ist eigentlich jetzt das entscheidende, auch jetzt für das weitere Verfahren, die Einbindung der örtlichen Bevölkerung, ganz wesentlich, und die Bewerbungsvorbereitungen ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Also bereits bei der Erarbeitung des Themas müssen die Bürger auch mitarbeiten und es muss auf breite Ebene gestellt werden. Die Mitwirkung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, Sie sehen dort eine Aufzählung, und es müssen neue Publikumskreise erreicht werden. Es muss eine Verzahnung stattfinden zwischen dem Bildungsbereich und der Einbeziehung von Schulen. Also es müssen alle beteiligt sein und alle in dieses Thema dann auch Zugang finden. Auch hier die Beteiligung der Bürger gemeinsames Ziel, alle interessierten kulturellen Einrichtungen und Akteure einzubeziehen, das haben Sie mit Ihrem Antrag gemacht. Möglicherweise müsste man ihn dann auch noch ein bisschen weiter auslegen, dass alle Bürger auch die Möglichkeit haben, sich zu dem Thema auch zu äußern.

Dann die Erreichbarkeit und Einbindung der Verwaltung selbst. Die Realisierbarkeit des vorgeschlagenen Budgets. Herr Geier hat es vorhin dargestellt. Wir haben so ca. 240.000 Euro für Zuschüsse an Projekte eingestellt erstmal in den Haushalt. Wir haben dann darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Behörden und der Durchführungsstruktur. Also den Personen, die mit der Aufgabe betraut werden. Wir haben ein Verfahren, muss eingeleitet werden zur Ernennung der allgemeinen und künstlerischen Leitung. Es muss ein Marketing- und Kommunikationsstrategiepapier geben. Und das Personal muss über ausreichende Qualifikation und Erfahrung für die Planung und Durchführung der Kulturprogramme verfügen.

In Essen ist der Zuschlag deshalb gekommen und ist gegeben, weil man hier gesagt hat, es ist ein Synonym für die deutsche Kriegsgeschichte im ersten und zweiten Weltkrieg und Essen wird die Gewinne seiner Abkehr von dieser Vergangenheit unter Beweis stellen können. Görlitz ist deshalb benannt wurden, eine gemeinsame Bewerbung greift ganz

pragmatisch die Osterweiterung der europäischen Union zum Thema und eröffnet Chancen. Also man hat übergreifende Themen europäischer Art ausgewählt.

Wir hatten das Thema, auch das ist ja bewertet worden, „Wachsen durch Schrumpfen“. Es ist ein Schrumpfungsprozess als Chance zur Standortverbesserung zu nutzen. Wenn man sich jetzt diese Kriterien ansieht, die ich Ihnen eben genannt habe, dann sehen Sie schon am Thema, dass dieses Thema den Bewerbungskriterien nicht im vollen Umfang genügt. Es wird also richtig spannend, ob die Arbeitsgruppe, die Sie jetzt in dem Beschluss auch aufgeführt haben, ob es gelingt, ob es überhaupt möglich ist, ein solches Thema zu finden. Anhand dieser Bewertungskriterien kann man es bewerten und kann diese Bewertungsergebnisse hier vorstellen und Sie entscheiden dann, ob es Sinn macht, sich zu bewerben oder eben nicht.

Meine Damen und Herren, dass noch mal zur Darstellung. Mir war es ganz wichtig, weil sehr häufig von falschen Argumentationen ausgegangen wird. Es ist nicht die Hochkultur oder die freien Träger in der Kultur, die mit diesem Thema beschäftigt sind, sondern es ist übergreifend. Es ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das diesen Titel beansprucht und nachdem man dann Ausschau halten muss. Vielen Dank.

Herr Lange

Gut, so. Wir haben die Beschlussvorlage, sie wurde im Sinne des Änderungsantrages geändert, dadurch, dass der Oberbürgermeister diese Änderung vollumfänglich übernommen hat. Ich sehe Ihrerseits keine weiteren Wortmeldungen, wollte ich gerade sagen. Herr Klätte, bitte.

Herr Klätte

Ja, ich habe nur eine kurze Frage. Was würde uns denn eine Ernennung zur Kulturhauptstadt nützen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Nutzwert ist gewaltig. Allein schon das wir, wie es auch im Änderungsantrag steht, dass wir uns selbst als Ist-Bestand hinterfragen, dass wir selbst die Möglichkeit haben, neue europäische Themen, besonders auch im sozialen Bereich mit einzubeziehen, um die Stadt dann international aufzustellen. Es ist eine Erweiterung. Wir sind sehr stark in den Schlagzeilen und das würde also, wie wir es ja eben auch gesehen haben, auch ermöglichen, dass die Stadt weitaus bekannter wird und europäisch auch noch stärker bekannt wird.

Herr Lange

Keine weiteren Wortmeldungen. Wer der geänderten Beschlussfassung zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Bei einer Gegenstimme, einer Stimmenenthaltung ist dem dann zugestimmt.

**zu 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktionen im Stadtrat zur Beschlussvorlage
„Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025"
(Vorlagennummer: VI/2016/02335)
Vorlage: VI/2016/02373**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusspunkte 1 + 2 werden gestrichen.
Punkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister eine gemeinsame Sondersitzung des Haupt- und des Kulturausschusses unter Hinzuziehung von Vertreter*innen der halleschen Kultureinrichtungen (Kunstmuseum Moritzburg, TOO, städtische Museen, Franckesche Stiftungen, Landesmuseum für Vorgeschichte etc.), der freien Träger in der Kulturarbeit, der Berufsverbände im kulturellen Bereich (BBK, Schriftstellerverband etc.) und weiterer kultureller Akteure einzuberufen, mit dem Ziel ein Arbeitsgremium zu installieren, welches:

- a. den Zustand der halleschen Kultur evaluiert
- b. die Chancen für eine potentielle Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas 2025“ insbesondere unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen auslotet
- c. im Falle einer positiven Bewertung ein Bekenntnis aller Beteiligten zu der Bewerbung abgibt

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll im Juni 2017 dem Stadtrat vorliegen. In der Ratssitzung desselben Monats entscheidet der Stadtrat über die Beauftragung eines Grobkonzeptes zur Bewerbung „Kulturhauptstadt Europas 2025“.

zu 7.2 Erstellung eines Grobkonzeptes "Kulturhauptstadt Europas 2025" Vorlage: VI/2016/02335

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister eine gemeinsame Sondersitzung des Haupt- und des Kulturausschusses unter Hinzuziehung von Vertreter*innen der halleschen Kultureinrichtungen (Kunstmuseum Moritzburg, TOO, städtische Museen, Franckesche Stiftungen, Landesmuseum für Vorgeschichte etc.), der freien Träger in der Kulturarbeit, der Berufsverbände im kulturellen Bereich (BBK, Schriftstellerverband etc.) und weiterer kultureller Akteure einzuberufen, mit dem Ziel ein Arbeitsgremium zu installieren, welches:

- a. den Zustand der halleschen Kultur evaluiert
- b. die Chancen für eine potentielle Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas 2025“ insbesondere unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen auslotet
- c. im Falle einer positiven Bewertung ein Bekenntnis aller Beteiligten zu der Bewerbung abgibt

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll im Juni 2017 dem Stadtrat vorliegen. In der Ratssitzung desselben Monats entscheidet der Stadtrat über die Beauftragung eines Grobkonzeptes zur Bewerbung „Kulturhauptstadt Europas 2025“.

zu 7.3 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2016/01733

zu 7.3.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291

zu 7.3.2 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02294

zu 7.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)**
Vorlage: VI/2016/02068

zu 7.3.4 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733**
Vorlage: VI/2016/02131

zu 7.3.5 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2016/02296

Herr Stäglich erklärte, dass in den Vorberatungen in den jeweiligen Fachausschüssen sehr umfangreich und detailliert zur Beschlussvorlage und den Änderungsanträgen diskutiert wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass es heute um die Beschlussfassung zur Einleitung der Offenlage geht, würde er von einer umfangreichen Einbringung Abstand nehmen.

Nach einem entsprechenden Votum des Rates für die Offenlage, würde diese zum einen im Technischen Rathaus und zum anderen über das Portal „Gestalte mit Halle“ erfolgen, sowie im Rahmen einer großen Bürgerveranstaltung für die gesamte Stadt Halle (Saale).

Ziel ist eine entsprechende Offenlage für Oktober / November. Alle eingehenden Vorschläge und Änderungshinweise werden im Rahmen der Abwägung aufgegriffen. Die abschließende Vorlage zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept soll dem Rat im ersten Quartal 2017 vorgelegt werden.

Frau Krischok nahm Bezug auf den bereits erfolgten Beschluss des Stadtrates zum Fachbeitrag Sicherheit und Ordnung. Sie fragte, warum dies nun in „Fachbeitrag für Ordnung und Sicherheit“ umbenannt wurde. Im Weiteren kritisierte sie, dass eine entsprechende

Behandlung des Fachbeitrages im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nur im Zuge einer Mitteilung erfolgt ist und dass bisweilen keine ordentliche Aufnahme in die Vorlage erfolgt ist. Sie sprach ihre Enttäuschung darüber aus, dass die Hilfsorganisationen im Fachbeitrag keine Erwähnung finden.

Frau Ernst erklärte, dass textliche Ergänzungen jederzeit per Änderungsantrag erfolgen können. Zum Titel des Kapitels verwies sie auf eine redaktionelle Korrektur, die problemlos möglich ist.

Herr Scholtyssek nahm Abstand davon, den Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) in Gänze noch einmal einzubringen. Er bat um EinzelpunktAbstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE, VI/2016/02131.

Auch **Frau Krimmling-Schoeffler** nahm Abstand einer abermaligen Einbringung der Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. Sie bat um EinzelpunktAbstimmung eines jeden einzelnen vorliegenden Änderungsantrages, welcher in Unterpunkte aufgliedert ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

**zu 7.3.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02296**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Im Fachbeitrag „Städtebau, Denkmalschutz und Baukultur“ wird an geeigneter Stelle folgender Passus eingefügt.

„Der Volkspark ist ein historisch und architektonisch bedeutsamer Ort der Kultur, Bildung und Begegnung für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt und wird in diesem Sinne weiterentwickelt. Die Stadt wird sich auch im Rahmen von Fördermittelbewerbungen für den baulichen Erhalt und die Verbesserung des Gebäudeensembles als eigenständige Einrichtung einsetzen.“

**zu 7.3.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02131**

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	<u>EinzelpunktAbstimmung</u>
	Pkt. 1 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 2 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 3 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 4 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 6 mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 7 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 8 mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 9 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 10 mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 11 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 12 einstimmig zugestimmt

Pkt. 13	einstimmig zugestimmt
Pkt. 14	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Unter „Was sind die großen Herausforderungen und Ziele für die nächsten 10 Jahre?“ (S. 12) wird als zweiter Punkt eingefügt: „die Realisierung von wirtschaftlichen Ansiedlungen und die Standortsicherung vorhandener Unternehmen sowie die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze“. Die Formulierung „wirtschaftliche Notwendigkeiten und zukünftige Entwicklungspotenziale“ im vierten Anstrich entfällt.
2. Die Aussagen im ISEK-Entwurf zu wirtschaftlichen Zielstellungen werden an das beschlossene Wirtschaftsförderungskonzept angepasst (VI/2015/01317). Auf S. 23 wird ergänzt: „soll als produktions-, wirtschafts- und wissenschaftsbasierter Technologie- sowie als Dienstleistungsstandort weiter gestärkt werden“ (entsprechend unter „Ziele“ auf S. 88). Auf S. 89 wird unter „Ziele“ ergänzt: „Schaffung von Arbeitsplätzen auch für geringe und mittlere Qualifikationen mit angemessenen Vergütungen über dem Mindestlohn“.
3. Unter „Inklusion/Menschen mit Behinderung“ wird auf S. 61 nach der Aufzählung eingefügt: „Die Stadt Halle (Saale) wirkt darauf hin, dass alle mit öffentlichen Geldern geförderten Gebäude und Anlagen soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden.“
4. Im „Fachbeitrag Kultur“ (S. 85) wird unter „Ziele“ aufgenommen: „bedarfsgerechte Sicherung und Entwicklung kultureller Angebote in allen Stadtteilen.“ Entsprechende Ergänzungen werden unter den Leitlinien und räumlichen Schwerpunkten vorgenommen.
6. Nach „Es sollen künftig verstärkt besondere Standorte und Wohnungsmarktsegmente entwickelt werden, unter anderem auch entlang der Saale (‘Stadt am Fluss’), da Halle bei besonderen Angeboten und insbesondere hochwertigen Angeboten Nachholbedarf in der mitteldeutschen Städtekonkurrenz hat.“ (S. 98) wird eingefügt: „Die Aspekte Natur- und Hochwasserschutz werden dabei vorrangig beachtet. Bei der Ausweisung von weiteren Baugebieten werden durch schrittweise Reduzierung von Dichte und Höhe der Bebauung zum Naturraum hin sanfte Übergänge zwischen Siedlungs- und Naturraum realisiert.“
7. Auf S. 109 wird „Die Attraktivität der oberen Leipziger Straße vom Altstadtring zum Riebeckplatz soll als wichtiger Stadteingangsbereich im Einklang mit der Entwicklung am Riebeckplatz erhöht werden. Eine vielversprechende Option dabei ist die Stärkung als Dienstleistungs- und Wohnstandort...“ ergänzt durch „...sowie die Verzahnung mit Kunst und Kultur, Freizeit und Angeboten aus dem kreativen Bereich.“
8. Der Abschnitt „Bei der Umgestaltung des Marktplatzes wurden die Flächen des Alten Rathauses nicht überbaut. Langfristig ist hier ein Wiederaufbau des Gebäudes möglich. Die Gründung einer Stiftung Altes Rathaus als bürgerschaftliches Projekt wird unterstützt.“ (S. 112) wird gestrichen.
9. Die Formulierung „Die Aufwertung des öffentlichen Raumes ist besonders in den Städtebaufördergebieten eine wichtige Aufgabe. Unter anderem soll Kunst im öffentlichen Raum als identitätsstiftendes Element der Stadtgestaltung bewahrt werden, z. B. auch in Neustadt.“ (S. 114) wird ersetzt durch. „Die Aufwertung des

öffentlichen Raumes durch eine hochwertige Gestaltung ist eine Aufgabe im Bereich der gesamten städtischen Siedlungsstruktur. In besonderem Maße trifft dies auf die Städtebaufördergebiete zu. Unter anderem sollen Kunstwerke im öffentlichen Raum als identitätsstiftendes Element der Stadtgestaltung bewahrt und Neuinstallationen gefördert werden.“

10. Im Abschnitt "Leitlinien Rad- und Fußverkehr" wird unter „Handlungsbedarfe und entsprechende Maßnahmen...“ (S. 124) als Anstrich ergänzt:

- „ergänzend sollen im gering verdichteten Siedlungsbereich am Stadtrand, d. h. als Verbindung vom verdichteten Siedlungsbereich ins Umland der Stadt (bis zur Stadtgrenze) verstärkt Geh-/Radwege separat von der Straße erschlossen werden. Hierfür wird von der Stadt die Vorhaltung von Freihaltetrassen geprüft.“

11. Im Fachbeitrag „Interkommunale Kooperation und Regionale Zusammenarbeit“ wird unter „Fachliche Leitlinien und Projektbeispiele“ (S. 156) ergänzt:

- a. „Optimierung der Pendlerströme, Ermöglichen von Arbeiten und Wohnen an unterschiedliche Städten bzw. Teilgebieten der Region (z.B. durch Stärkung des ÖPNV und MDV, Erhalt/Intensivierung der Überlandlinie 5, Einrichtung weiterer P+R-Plätze, Förderung von S-Bahn und regionalem Radverkehr)
- b. Netzwerkarbeit zur weiteren Entwicklung der Region als Logistikstandort
- c. Zusammenarbeit zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
- d. Verstärkte Kooperation im Bereich Bildung, Soziales und Sicherheit sowie bei der Ver- und Entsorgung u.a. mit Wasser/Abwasser
- e. Entwicklung und Vermarktung der gemeinsamen Geschichts- und Kulturregion Mitteldeutschland
- f. Verstärkter Austausch bei Kulturveranstaltungen und Kunstprojekten“

12. Unter dem Handlungsschwerpunkt „Wohnen am Fluss“ (S. 177) wird ergänzt: „Der Bereich zwischen dem zukünftigen Hochwasserdamm und der Straße Gimritzer Damm (u.a. das Gebiet Sandanger) soll von Bebauung freigehalten werden.“

13. Nach „Auf den übrigen Flächen, insbesondere in den Bereichen der Aue, die als Schutzgebiet unter besonderem Schutz stehen, sollen nur das vorhandene Wegenetz aufgewertet bzw. dessen Benutzbarkeit verbessert werden,...“ wird auf S. 180 ergänzt „Die Wegeanlagen werden so naturnah wie möglich gestaltet. Dies betrifft insbesondere wenig frequentierte Wege.“

14. Auf S. 263 wird nach „Für das 2003 in diesem Bereich als Stadtteiltreff erbaute und derzeit ungenutzte ‚Silva‘ wird weiterhin nach Perspektiven gesucht.“ ergänzt: „Eine zukünftige Nutzung für soziale, künstlerische bzw. kulturelle Zwecke wird angestrebt.“

**zu 7.3.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)
Vorlage: VI/2016/02068**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) wird um einen Fachbeitrag „Sicherheit und Ordnung“ ergänzt.

zu 7.3.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02294

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunkt	Abstimmung
	Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 6	mehrheitlich zugestimmt
		29 Ja-Stimmen
		21 Nein-Stimmen
		2 Enthaltungen
	Pkt. 7	einstimmig zugestimmt
	Pkt. 8	einstimmig zugestimmt
	Pkt. 9	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

2. Ergänzung des vorletzten Absatzes zum Thema Verkehr auf S. 29, um folgenden Punkt:

„Unterstützung von stauvermeidenden Maßnahmen“

3. Ersetzen des letzten Absatzes zum Thema Verkehr auf S. 29 durch:

„Weitere strategische Ziele werden aus den Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale) abgeleitet.“

4. Änderung des Punktes „Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs“ auf S. 32 wie folgt.

„Mit Mobilitätsalternativen wird versucht den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Vorhandene Verkehrsanlagen werden bedarfsgerecht umgebaut. Dort wo eine Begrünung möglich ist, soll diese auch umgesetzt werden.“

6. Streichung des letzten Satzes, im vierten Punkt des ersten Absatzes auf S. 123.

7. Ergänzung eines Punktes beim Absatz „Leitlinien Ruhender Verkehr“ auf S. 123 wie folgt:

„Bei der Organisation des Ruhenden Verkehrs werden wirtschafts- und kulturfördernde Aspekte mit berücksichtigt.“

8. Ergänzung eines Punktes beim Absatz „Rad- und Fußverkehr“ auf S. 123 wie folgt:

„Beim Neubau von Verkehrswegen werden geeignete Auf- und Abfahrmöglichkeiten für Radfahrer berücksichtigt.“

9. Ergänzung eines Punktes im Teil Klimaschutz auf S. 138 wie folgt:

„Förderung von Maßnahmen, die den Verkehrsfluss innerhalb der Stadt optimieren und dazu beitragen, CO2 und Feinstaub zu reduzieren.“

zu 7.3.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunkt abstimmung
Fachbeitrag Mobilität und Verkehr – Einführungstext (S.120)	mehrheitlich abgelehnt
1. (S. 183) Ergänzung des Handlungsschwerpunktes "Stadtumbau" oder neuer Handlungsschwerpunkt:	mehrheitlich abgelehnt
2. (S. 185) Handlungsschwerpunkt "Vernetzung/Wegebau"	einstimmig zugestimmt
3. (S. 71) Willkommenskultur und Integration als Querschnittsaufgabe von Kommune und Stadtgesellschaft	mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Fachbeitrag Mobilität und Verkehr – Einführungstext (S.120)

~~„Eine große Stärke von Halle (Saale) und zugleich eine besondere Herausforderung an die Stadt- und Verkehrsentwicklung ist die Struktur einer kompakten Stadt der kurzen Wege. Die vorhandenen Potenziale sind langfristig zu erhalten und nachhaltig weiter zu entwickeln. Zudem verfügt Halle (Saale) über eine verkehrsgeografische Lagegunst im regionalen und überregionalen Kontext. Die damit verbundenen verkehrsstrukturellen Standortvorteile in der Region Halle/Leipzig gilt es auch zukünftig für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung effektiv zu nutzen und auszubauen.“~~

1. (S. 183) Ergänzung des Handlungsschwerpunktes "Stadtumbau" oder neuer Handlungsschwerpunkt:

~~Unterirdische Verlegung der Fernwärmetrasse zwischen Heide-Nord und Lettin~~

2. (S. 185) Handlungsschwerpunkt "Vernetzung/Wegebau"

~~Die Schaffung eines Fuß- und Radweges in der Neuragozystraße soll im Zuge der avisierten Erschließung einer neuen Bebauung im Bereich des ehemaligen Mischwerkes erfolgen.~~

3. (S. 71) Willkommenskultur und Integration als Querschnittsaufgabe von Kommune und Stadtgesellschaft

Hinzunahme eines Absatzes zu den Erwartungen an die Migranten

~~„Grundlage einer gelungenen Integration ist auch die Bereitschaft, Fördermaßnahmen und Hilfsangebote anzunehmen sowie ein hohes Maß an Eigeninitiative bei der Eingliederung. Dazu gehören in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache, die Teilnahme an angebotenen Integrationskursen und der Wille, sich in die den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und die Stadtgesellschaft nach Kräften einzubringen. Diese Forderungen~~

~~müssen durch die Stadt Halle (Saale) deutlich gemacht und durchgesetzt werden. Abgeschlossene Parallelstrukturen sind in jedem Fall zu vermeiden.“~~

zu 7.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Bemerkung: Änderungen im Entwurf

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 in der Fassung vom 04.03.2016 einschließlich der im ISEK integrierten Entwürfe des Stadtumbau- und des Demografiekonzeptes. Es ist ein städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB, welches Abwägungsgrundlage für Fachplanungen, mittelfristige Finanzplanungen, Grundlage für fördermittelorientierte Konzepte sowie Leitlinie für weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte ist.
2. Der Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 ist öffentlich auszulegen.

Herr Lange bat Herrn Dr. Fikentscher, den Vorsitz stellvertretend für den Tagesordnungspunkt 7.4 zu übernehmen.

zu 7.4 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2015
Vorlage: VI/2016/02108

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Fikentscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA

*Harald Bartl
Gottfried Koehn
Hendrik Lange
Dennis Helmich
Eberhard Doege
Marion Krischok*

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2015.

Herr Lange übernahm wieder den Vorsitz des Stadtrates.

zu 7.5 Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von Mitgliedern in den Beirat
Vorlage: VI/2016/02297

zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von
Mitgliedern in den Beirat" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02297)
Vorlage: VI/2016/02355

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von
Mitgliedern in den Beirat" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02297)
Vorlage: VI/2016/02355

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Beschlusspunkt 1 der Vorlage wird geändert und erhält folgende Fassung: „Der Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH besteht weiterhin aus 9 Mitgliedern.“
2. Beschlusspunkt 3 der Vorlage wird gestrichen.

zu 7.5 Stadion Halle Betriebs GmbH - Entsendung von Mitgliedern in den Beirat
Vorlage: VI/2016/02297

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadion Halle Betriebs GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH besteht weiterhin aus 9 Mitgliedern.
2. Die Stadt Halle (Saale) entsendet neben dem Oberbürgermeister als geborenem Mitglied zum 1. Oktober 2016 folgende acht städtische Vertreter/innen in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH:

- (1) Christoph Bernstiel
- (2) Andreas Hajek
- (3) Manuela Plath
- (4) Rüdiger Ettingshausen
- (5) Fabian Borggreffe

- (6) Eric Eigendorf
- (7) Mario Kerzel
- (8) Melanie Ranft

zu 7.6 Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale).

zu 7.7 Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018
Vorlage: VI/2016/01794

zu 7.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018" (Vorlagennummer: VI/2016/01794)
Vorlage: VI/2016/02340

Aufgrund der Übernahme einzelner Teile des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch die Verwaltung, erklärte **Frau Ranft** diesen als zurückgezogen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

zu 7.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018" (Vorlagennummer: VI/2016/01794)
Vorlage: VI/2016/02340

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der „Zweite Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018 der Stadt Halle (Saale)“ wird unter 4.1. „Teilhabe am Erwerbsleben mit dem Schwerpunkt Stadtverwaltung Halle (Saale)“ um folgenden Punkt ergänzt:

Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung und Entwicklung von Jobsharing-Modellen

Ziel:

Ziel ist eine signifikante Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung. Bei neu auszuschreibenden Stellen soll darauf geachtet werden, auch die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung einzurichten.

Maßnahmen/Projektschritte:

1. Ausschreibung neuer Stellen mit der Option auf Teilzeit
2. Analyse des gegenwärtigen Bedarfs an Teilzeitoptionen bei den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung
3. Bewerbung von Teilzeitmodellen innerhalb der Stadtverwaltung
4. Entwicklung von Jobsharing-Modellen
5. Evaluierung der Wirksamkeit

Umsetzungszeitraum:
2016-2018

zu 7.7 Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018
Vorlage: VI/2016/01794

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Zweiten Gleichstellungsaktionsplan für 2016-2018. Im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt der Stadtrat die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.

zu 7.8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bauen für die Baumaßnahme HES 4. BA
Vorlage: VI/2016/02138

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_2_660 FB Bauen (HHPL Seite 640)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3.990.600 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

Finanzstelle 16_2_660 FB Bauen (HHPL Seite 720 und 1295)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 2.475.000 EUR.

Finanzstelle 16_2_610 FB Planen (HHPL Seite 496 und 1294)

Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.515.600 EUR

zu 7.9 Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01895

zu 7.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292

Herr Dr. Meerheim bat um EinzelpunktAbstimmung des Änderungsantrages der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale).

Herr Feigl merkte an, dass die vorliegende Beschlussvorlage nicht substantiell genug ist. Ein entsprechender Verkehrsentwicklungsplan 2025 hätte mehr Potential. Aus diesem Grund wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Stäglin erklärte, dass die Verkehrspolitischen Leitlinien einen Verkehrsentwicklungsplan nicht ersetzen. Wie in der Haushaltseinführung erwähnt, ist der Abschluss eines Verkehrsentwicklungsplanprozesses für 2017 avisiert.

Bezugnehmend zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Punkt 2a, begründete **Herr Bernstiel**, dass das Wort „weitgehend“ mit aufgenommen werden sollte, weil sonst im Umkehrschluss bei jeder Flächennutzungsplanung grundsätzlich auf verkehrsvermeidende Strukturen verzichtet werden müsste.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

zu 7.9.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2a	mehrheitlich zugestimmt 28 Ja-Stimmen 19 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
Pkt. 2b	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Das verkehrspolitische Leitbild wird um eine kurze Präambel ergänzt.

Die verkehrspolitischen Leitlinien sind Teil der Mobilitätsstrategie der Stadt Halle (Saale). Sie bilden die Grundsätze der Verkehrspolitik für die nächsten Jahre und damit auch den politischen Rahmen für die Mobilitätsstrategie.

Begründung:

- a. Das verkehrspolitische Leitbild in seiner jetzigen Form enthält nur die Leitlinien selbst und keinerlei erläuternde Aussagen. Die Antragsbegründung ist nicht teil des Beschlusses.
 - b. Die Aussage, es sollen alle Baumaßnahmen gefördert werden, die dem Umweltverbund dienen, ist als strategisches Oberziel der Verkehrsentwicklung in Halle bis 2030 völlig unzureichend. Ziel muss es sein, die Mobilität der Bevölkerung unter sich ändernden Rahmenbedingungen (Alterung der Bevölkerung, Energiewende etc.) zu sichern. Zudem muss die Stadt Halle als Oberzentrum eine gute Erreichbarkeit durch das Umland gewährleisten. Davon profitieren städtische Einrichtungen (Zoo, Maya Mare, Oper etc.).
2. Die verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle werden wie folgt geändert:
- a. Änderung in Nr. 2, Satz 2 in:
„Im Rahmen der Flächennutzungsplanung und der Bauleitplanung wird darauf geachtet, dass verkehrserzeugende Strukturen weitgehend vermieden werden.“
- Begründung:
Ausgangsformulierung ist zu unflexibel und birgt die Gefahr, künftige (gewünschte) städtebauliche Entwicklungen zu hemmen.
- b. Ergänzung von Nr.2 durch einen neuen Satz 4:
„Prämisse ist eine gute Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes mit allen relevanten Verkehrsmitteln.“
- Begründung:
Absatz trifft bislang nur Aussagen zum innerstädtischen Verkehr. Die Perspektive der Gesamtstadt sollte ergänzt werden.

zu 7.9 Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01895

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale).

1. Das verkehrspolitische Leitbild wird um eine kurze Präambel ergänzt.

Die verkehrspolitischen Leitlinien sind Teil der Mobilitätsstrategie der Stadt Halle (Saale). Sie bilden die Grundsätze der Verkehrspolitik für die nächsten Jahre und damit auch den politischen Rahmen für die Mobilitätsstrategie.

2. Die verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle werden wie folgt geändert:

- a. Änderung in Nr. 2, Satz 2 in:
„Im Rahmen der Flächennutzungsplanung und der Bauleitplanung wird darauf geachtet, dass verkehrserzeugende Strukturen weitgehend vermieden werden.“
- b. Ergänzung von Nr.2 durch einen neuen Satz 4:

„Prämisse ist eine gute Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes mit allen relevanten Verkehrsmitteln.“

**zu 7.10 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) - 1. Fortschreibung
Vorlage: VI/2016/01739**

Herr Senius erklärte, dass die Konzeption grundsätzlich von der SPD-Fraktion unterstützt wird. Die Einbindungs- und Abstimmungsprozesse mit der heimischen Wirtschaft sind allerdings unglücklich verlaufen. Sowohl IHK, Citygemeinschaft und IG Alter Markt haben sich in Ihrer Argumentation nicht richtig gewürdigt und verstanden gefühlt. Dies sollte vor Beschlussfassung noch einmal bedacht und bearbeitet werden. Er stellte gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, den Antrag auf Vertagung der Vorlage bis zur Oktober-Sitzung des Rates. Eine Verzögerung des Ausschreibungsverfahrens müsste mitunter nicht stattfinden, da die Verwaltung bisweilen alle unstrittigen Punkte der Ausschreibung vorbereiten könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Anmerkungen von Herrn Senius zu. Auch er würde eine entsprechende Vertagung begrüßen.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Vertagung: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung der Konzeption für Werbung im öffentlichen Raum der Stadt Halle (Saale) einschließlich der Gestaltungs- und Werbekonzeptionen der im Kapitel IV genannten Sonderbereiche.

**zu 7.11 Bebauungsplan Nr. 45 Halle, Ortslage Radewell - Aufhebungsbeschluss -
Vorlage: VI/2016/01908**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 18.09.1996 für den Bebauungsplan Nr. 45 Halle, Ortslage Radewell (Beschluss-Nr. 96/I - 23/425)
2. Der Stadtrat beschließt die Einstellung des Planverfahrens.

**zu 7.12 Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01983**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, die in ihrer Stellungnahme abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht hat, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.13 Bebauungsplan Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01984**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 27.05.2016 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 27.05.2016 wird gebilligt

**zu 7.14 Bebauungsplan Nr. 163 "Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße" -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01716**

Herr Häder merkte an, dass diese Vorlage dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept widerspricht.

Auch **Herr Feigl** sprach sich gegen die Vorlage aus.

Herr Stäglin erklärte, dass nach anfänglichem ablehnendem Votum eine städtebauliche Wirkungsanalyse durchgeführt wurde und zwar mit dem Ergebnis, dass hier eine Machbarkeit gesehen wird. Er warb dafür, diesen dort ansässigen Anbieter in seinem Wunsch auf Vergrößerung und Sortimenterweiterung zu unterstützen.

Herr Schachtschneider sagte, dass die umliegenden Unternehmen bei weitem nicht in ihrem Bestand gefährdet sein werden, nur weil hier ein Unternehmen sich vergrößern und als Vollsortimenter agieren möchte.

Herr Lange bat im Weiteren um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
28 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

3. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“ in der Fassung vom 04.07.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
4. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“ in der Fassung vom 04.07.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen

**zu 7.15 Bebauungsplan Nr. 167, „Sportpark Karlsruher Allee“ -
Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2016/01780

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, die in ihrer Stellungnahme abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht hat, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 7.16 Bebauungsplan Nr. 167 "Sportpark Karlsruher Allee" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01781

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 167 „Sportpark Karlsruher Allee“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 01.06.2016 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 01.06.2016 wird gebilligt

**zu 7.17 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 126 Rudolf-Haym-Straße Nr. 25b-e, 26 - Aufhebungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01911**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 24.04.2002 für den vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 126 Rudolf-Haym-Straße Nr. 25b-e, 26 (Vorlagennummer: III/2002/02100)
2. Der Stadtrat beschließt die Einstellung des Planverfahrens.

**zu 7.18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 175 " Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger Bogen " - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02075**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Hinweise zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 175 „Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger Bogen“ wird zugestimmt. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

**zu 7.19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 175 " Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger Bogen " - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02076**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 175 "Halle-Neustadt, Autohaus Göttinger Bogen", gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 17.06.2016 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 17.06.2016 wird gebilligt.

zu 7.20 Glauchaer Straße - Bebauungskonzept Vorlage: VI/2016/01982

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt das Bebauungskonzept Glauchaer Straße als städtebauliche Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch.

zu 7.21 Gestaltungsbeirat 2016 – 2018 Vorlage: VI/2016/02157

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die außerordentliche Verlängerung der Amtszeit der nachfolgenden vier Mitglieder im Gestaltungsbeirat Halle für weitere zwei Jahre bis zum 28.09.2018.
 - Herr Hans-Otto Brambach, Architekt BDA,
(Freier Architekt in Halle (Saale) – nominiert vom Architekturkreis Halle),
 - Herr Peter Frießleben, Architekt BDA,
(Freier Architekt in Halle (Saale) – nominiert von Architektenkammer Sachsen-Anhalt),
 - Frau Dipl.-Ing. Heike Roos, Freie Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin
(Roos Grün Planung aus Denstedt bei Weimar),
 - Frau Dipl. Ing. Eva Maria Lang, Architektin
(Knerer und Lang Architekten GmbH, Dresden)
2. Der Stadtrat bestätigt nachträglich die zweite Amtszeit des Mitgliedes Frau Dr. Beeck, Architektin (Büro chezweitz; Berlin), bis Ende Juni 2017.

zu 7.22 Kriterien zur Planung und Gestaltung von Radverkehrsanlagen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01621

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgelegten „Kriterien zur Planung und Gestaltung von Radverkehrsanlagen in Halle (Saale)“.
2. Die „Kriterien zur Planung und Gestaltung von Radverkehrsanlagen in Halle (Saale)“ sind bei Planungen von Straßen und Wegen im Stadtgebiet Halle (Saale) zu beachten.

zu 7.23 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2017
Vorlage: VI/2016/02118

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass für die in Anlage 1 benannten Maßnahmen Städtebaufördermittel beim Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt beantragt werden und beauftragt die Verwaltung, die Fördermittelanträge für das Programmjahr 2017 entsprechend einzureichen.
2. Der Stadtrat nimmt die in der Anlage 2 benannten Vorhaben, welche auf Grund von fehlenden Eigenmitteln nicht mit Programmjahr 2017 beantragt werden können, zur Kenntnis.

zu 7.24 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01847

Herr Helmich sagte, dass mit der Vorlage ein bereits drei Jahre zurückliegender Impuls seiner Fraktion aufgenommen wurde. Gemäß den rechtlichen Grundlagen des Landes ist eine entsprechende Änderung auch für Fahrradstellplätze leider nicht möglich. Er regte an, dass die Verwaltung jährlich im zuständigen Ausschuss über den Aspekt, inwieweit Abstellanlagen bei Baugenehmigungsverfahren eingefordert werden, berichtet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung).

zu 7.25 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße Vorlage: VI/2016/02107

zu 7.25.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße - Vorlagen-Nr.: VI/2016/02107 Vorlage: VI/2016/02379

Herr Schied führte in den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ein.

Herr Stäglin erklärte, dass die Thematik und die optimale Führung genauestens betrachtet wurde. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung für zwei jeweils kombinierte Geh- und Radwege, ohne weitere Querungsnotwendigkeiten oder weitere bauliche Maßnahmen, entschieden.

Zum Änderungsantrag merkte **Herr Bernstiel** an, dass nur durch Ausschilderung eines Radweges, welcher in beide Richtungen zu nutzen wäre, dieses durch die Fahrradfahrer mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht beachtet werden würde. Dies gilt aber auch für die Fußgänger.

Zum Komplex Querung der Straße, merkte **Herr Schied** an, dass sich die Radfahrer aus Richtung Ernst-Grube-Straße dann einordnen müssten. Es wird immer Schwierigkeiten geben.

Herr Feigl äußerte, dass die vorgeschlagene Variante der Stadtverwaltung durchaus die praktikablere ist. Er merkte an, entsprechend des Verkehrsschildes „Gemeinsamer Geh- und Radverkehr“ dies auch so auf der Fahrbahn zu markieren.

Im Weiteren bat **Herr Lange** um Abstimmung.

zu 7.25.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße - Vorlagen-Nr.: VI/2016/02107 Vorlage: VI/2016/02379

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der zwischen der Kröllwitzbrücke und der Ernst-Grube-Straße geplante drei Meter breite Geh- und Radweg auf der nordwestlichen Straßenseite der Talstraße (am Amselgrund) wird nicht als gemischter Geh- und Radweg, sondern als zweistreifiger Radweg mit

Gegenrichtungsverkehr ausgewiesen. Der Fußverkehr wird wie geplant auf der südöstlichen Seite der Talstraße (an der Saale) geführt. Der parallel geführte gemischte Geh-/Radweg zur Saale hin soll ausschließlich als Gehweg genutzt werden.

zu 7.25 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße
Vorlage: VI/2016/02107

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Talstraße im Bereich westlich der Saale entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

Der zwischen der Kröllwitzbrücke und der Ernst-Grube-Straße geplante drei Meter breite Geh- und Radweg auf der nordwestlichen Straßenseite der Talstraße (am Amselgrund) wird nicht als gemischter Geh- und Radweg, sondern als zweistreifiger Radweg mit Gegenrichtungsverkehr ausgewiesen. Der Fußverkehr wird wie geplant auf der südöstlichen Seite der Talstraße (an der Saale) geführt. Der parallel geführte gemischte Geh-/Radweg zur Saale hin soll ausschließlich als Gehweg genutzt werden.

zu 7.26 Einziehung eines Teilstücks der Jenaer Straße
Vorlage: VI/2016/02109

Herr Feigl bat um weitere Informationen und eine Begründung zur Notwendigkeit der Flächeneinziehung. Er fragte, ob eine Vertagung möglich wäre, um die Nachfragen im Fachausschuss zu diskutieren.

Herr Stäglin erklärte, dass eine Vertagung bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates möglich wäre.

Herr Feigl stellte daraufhin gemäß §10 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse den Antrag auf Vertagung in den zuständigen Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung eines Teilstücks der Jenaer Straße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.27 Änderung des Baubeschlusses vom 29.02.2012-BV-Nr. V/2010/08946
Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4.
Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B100
Vorlage: VI/2016/02126**

Es gab keine Wortmeldung. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Maßnahme Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost 4. Bauabschnitt. Die neue Gesamtsumme beläuft sich auf insgesamt 33.538.600 EUR.

**zu 7.28 Fluthilfemaßnahme HW 290 Rückbau der Kleingartenanlage „Saaletal Lettin“ e.V.
Vorlage: VI/2016/02044**

Es gab keine Wortmeldung. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Rückbau der Kleingartenanlage „Saaletal Lettin“ e. V. entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013. Die Fluthilfemaßnahme HW 290 Kleingartenanlage „Saaletal Lettin“ e. V. wird zu 100 % gefördert.
2. Der Stadtrat beschließt den außerplanmäßigen Aufwand im Ergebnishaushalt 2016 für den Rückbau der Fluthilfemaßnahme HW 290 Kleingartenanlage „Saaletal Lettin“ e. V. in Höhe von 730.000,00 €, PSP: 3.11171.04, Sachkonto 52117777.

**zu 7.29 Baubeschluss für Fluthilfemaßnahme HW 41 Neubau Planetarium im Gasometer
Vorlage: VI/2016/02140**

Herr Feigl erklärte, dass durch die vorgeschlagene Variante ein Raum für kulturelle Veranstaltungen verloren geht. Zum Betreiberkonzept merkte er an, dass dieses nicht fundiert ist. Der Programmumfang ist zu hoch. Der vorgelegten Konzeption kann so nicht zugestimmt werden.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass das Betreiberkonzept in Vergleich mit anderen Städten erstellt wurde. Es ist plausibel und fundiert. Das neue Planetarium hat eine weitaus weitere Ausstrahlungskraft als das alte. Reserven gibt es sicherlich aber es ist ein solides Konzept.

Herr Krause erklärte, dass ein gutes und zweckerfüllendes Planetarium notwendig ist. Man werde der Vorlage zustimmen. Den Aspekt, dass der Wirtschaftsplan Reserven hat, teilt er nicht. Ob der Besucheransturm auch nach zwei bis drei Jahren noch entsprechend hoch sein wird, wird derzeit so nicht eingeschätzt.

Herr Dr. Meerheim erklärte, dass die Fraktion DIE LINKE der Vorlage zustimmen wird. Man vertraue den dargelegten Zahlen und den Aussagen von Herrn Geier bei der Einbringung des Haushaltes. Ein Beschluss ist nötig. Wie sich die Kosten entwickeln werden, wird man sehen.

Herr Wolter fragte, ob auch andere Varianten der Betreuung eine Rolle gespielt haben.

Herr Dr. Wiegand erläuterte, dass das Betreiberkonzept unter Abwägung und im Vergleich mit anderen Städten gewählt wurde. Das vorliegende Betreiberkonzept ist das wirtschaftlichste.

Herr Scholtyssek begrüßte, dass mit der Vorlage ein neues und attraktives Planetarium geschaffen wird. Die Befürchtungen der anderen Fraktionen seien nachvollziehbar, da die jetzige Vorlage nicht der ersten eingebrachten entspricht. In diesem Zusammenhang bat er um künftige besser Einbeziehung und Kommunikation mit den Stadträtinnen und Stadträten.

Im Weiteren bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die weiterführende Planung und den Neubau des Planetariums im Gasometer auf Basis des wirtschaftlichen Betreiberkonzepts mit Stand vom 10.08.2016. Die Realisierung der Baumaßnahme erfolgt entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt2013).

zu 7.30 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnliche Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02364

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Lange

Wir kommen zu 7.30, das ist die Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen. Hier gibt es eine Wortmeldung von Herrn Wolter, bitte.

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, das ist eine Dringlichkeitsvorlage, die Sie aufgrund des Kommunalverfassungsgesetzes hier einbringen, weil Sie verpflichtet sind, bei Spenden uns als Vertretung mit einzubinden. Ich kann Ihnen jetzt leider nicht, weil ich juristisch nicht so gebildet bin und auch Paragraphennummern mir nicht merken kann, nicht genau sagen, welche Paragraphen es betrifft. Ich hatte mir das nur durchgelesen und habe erstaunend festgestellt, dass in diesen Paragraphen auch drin steht, dass Sie verpflichtet sind auch bei einer Vermittlung von Spenden, die Vertretung mit einzubinden. Ich denke, dass Sie das

wissen. Deswegen hat mich gewundert, dass diese Vorlage nicht die Vermittlung der Spende der Sparkasse an Fördervereine von mehreren Schulen beinhaltet. Und ich wollte Sie fragen, warum das so ist, weil ich bin jetzt nur im Nebengang, sozusagen nicht als Finanzausschussmitglied, wo das ja vielleicht Thema gewesen wäre, sondern durch die Berichte aus dem Bildungsausschuss darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass Sie dort erklärt haben oder erklärt wurde, dass die Tablet Anschaffung dort, ja für mich in einer nicht nachvollziehbaren Art und Weise, anscheinend nicht transparent, zumindest nicht in Absprache mit der Vertretung stattgefunden hat und dort die Sparkasse an Fördervereine von verschiedenen Schulen Geld ausgezahlt hat, anscheinend dann ein hallesches Unternehmen, die ITC, dann eingebunden wurde. Zumindest wollte ich Sie fragen, wann binden Sie, wann holen Sie diese Vermittlung gemäß Kommunalverfassungsgesetz als Bestätigung in Absprache mit der Vertretung nach.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, das, ich weiß nicht, wo Sie diesen Begriff Vermittlung her haben. Es ist eine eigenständige Entscheidung der Saalesparkasse.

Herr Lange

Herr Wolter noch mal.

Herr Wolter

Ich hatte den Bericht aus dem Bildungsausschuss, den ich jetzt persönlich und mündlich natürlich nur kenne, weil es noch kein Protokoll gibt, so verstanden, dass dort erklärt wurde, dass die Verwaltung dort vermittelnd tätig war. Und Vermittlung habe ich als Begriff aus dem Kommunalverfassungsgesetz. Aber so wie Sie erklären, waren Sie gar nicht daran beteiligt, obwohl es sozusagen eine Pressemitteilung gab, dass sozusagen dort erfolgreich Sponsoren gefunden wurden, was ja die erste glaube ich war, wenn ich mich richtig erinnere. Wo ich das so verstanden hatte, dass Sie dort aktiv gewesen sind. Aber Sie erklären jetzt, dass Sie gar nicht aktiv waren. Dann ziehe ich natürlich meine Frage zurück. Dann hat das mit dem Tagesordnungspunkt auch nichts zu tun. Ist das so?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe nichts zur Saalesparkasse vermittelt.

Herr Lange

Okay. Dann sind Sie abstimmungsbereit. Wer zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Gegenstimmen. Stimmenenthaltungen. Dann ist das bei einer Stimmenenthaltung, angenommen. Herr Feigl, was ist denn jetzt wieder?

Herr Feigl

Wir hätten gern Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Lange

Herr Feigl, das übliche Verfahren für ein Wortprotokoll ist, dass Sie mir das bitte schriftlich als Antrag geben, dann wird das so umgesetzt. Wahlweise kann ich es auch auf meine Liste zu den Wortprotokollen schreiben, die ich hier schon habe, die ich beantrage. Ich hätte es nämlich auch gemacht. Aber es ist okay. Gut.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Geldspende von der Bürgerinitiative Silberhöhe e. V an die Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.615,13 Euro für Bänke im Grünzug Silberhöhe (Produkt 1.55101)
2. Vereinbarung der Spende zwischen Herrn Carsten Schmidt, 57635 Fiersbach und der Stadt Halle (Saale) zur Modernisierung und Instandsetzung des Objektes Große Märkerstraße 5 und zur Finanzierung des Eigenmittelanteils in Höhe von 10 % (2016: 4.925,68 Euro und 2017: 37.416,25 Euro) des förderfähigen Zuschusses (Produkt 1.51108.03 – Fördermittelprogramm Denkmalschutz)
3. Vereinbarung der Spende zwischen Ingenieurbüro Schindler, 06749 Bitterfeld-Wolfen und der Stadt Halle (Saale) zur Modernisierung und Instandsetzung des Objektes Große Märkerstraße 5 und zur Finanzierung des Eigenmittelanteils in Höhe von 10 % (2016: 1.162,92 Euro und 2017: 8.833,75 Euro) des förderfähigen Zuschusses (Produkt 1.51108.03 – Fördermittelprogramm Denkmalschutz)
4. Sachspende von dem Verein Nothilfe ohne Tabu e.V. in Höhe von 13.538,00 Euro für eine Kletterpyramide auf dem Schulhof der Grundschule Kastanienallee in Halle-Neustadt (Produkt 1.21101.19)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschaffung eines mobilen Schlauchbootes Vorlage: VI/2016/02218

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Lange

So wir kommen zu Wiedervorlagen. Hier haben wir den Antrag von Herrn Schachtschneider, CDU/FDP-Fraktion, zur Beschaffung eines mobilen Schlauchbootes. Herr Schachtschneider, bitte.

Herr Schachtschneider

Ja meine Damen und Herren, in Anbetracht der späten Stunde und das es auch schon zum dritten Mal jetzt, zweimal im Rat, einmal im Ordnungsausschuss auch schon lang und breit erörtert wurde, möchte ich vielleicht noch ein paar Worte verlieren. Möchte vielleicht auch meine Kollegen aus der Linksfraktion und aus der SPD erinnern, als wir gemeinsam beim Tag der Offenen Tür waren, man steht auch bei Bürgern und speziell bei Bürgern, die sich engagieren, auch irgendwo im Wort. Ich möchte jetzt die Namen hier nicht nennen. Abschließend möchte ich eigentlich nur noch bemerken, ich meine, es war nicht mein Antrag, ich habe mir das nicht ausgedacht, weil ich irgendwann mal durch Nietleben am Heidesee lang gewandert bin, hab gesagt, da fehlt mir irgendwo ein Schlauchboot. Es war der Wunsch der Feuerwehr. Und da die Feuerwehr leider nicht sprechen durfte, die Freiwillige Feuerwehr Nietleben, tue ich das hiermit noch mal. Also ich möchte ausdrücklich diesen Wunsch noch mal erneuern. Und meine Damen und Herren, ich bitte Sie, es ist ein

kleines Boot mit einem kleinen Motor, was für einen kleinen Preis zu haben ist aber durchaus in dem Fall der Fälle eine große Wirkung entfalten könnte. Bitte unterstützen Sie meinen Antrag und geben Sie der Feuerwehr die Chance zu retten beziehungsweise auch Rettung zu üben mit diesem Boot. Danke.

Herr Lange

Ja, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Schachtschneider, wir haben es ja ausführlich, wie Sie es gesagt haben, auch in den Ausschüssen dargestellt. Es wurde deutlich von allen Beteiligten, auch den Hilfsorganisationen, dass die Anschaffung eines Schlauchbootes nicht notwendig ist und wir haben das ausführlich diskutiert. Und zum zweiten Ansatz möchte ich Ihnen auch noch sagen, der Wehrleiter hat gegenüber dem Feuerwehrkommandanten erklärt, dass er ebenfalls keine Notwendigkeit des Schlauchbootes sieht.

Herr Lange

Jetzt Frau Krischok.

Frau Krischok

Gleich zu Beginn, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Wie schon gesagt wurde, im Ordnungsausschuss wurde diskutiert. Wir denken auch, dass wir als Stadt am Fluss, und am Wasser, ich würde das jetzt mal so erweitern, viele, viele sogenannte illegale Badestellen haben. Insofern hoffen wir, dass von der Verwaltung, allerdings der ja schon zum Teil überarbeitet Alarmierungsplan, noch mal durchdacht wird und nachdem was wir alles gehört haben in dem Ausschuss, bitte auch noch die Hilfsorganisationen nach den Fähigkeiten und Möglichkeiten, die sie haben, da mit eingebunden werden und uns dann im Ordnungs- und Umweltausschuss vorgestellt wird.

Herr Lange

Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Ich wollte mich zur Sache eigentlich nicht einlassen aber wer dabei war, kann sich erinnern, wie widersprüchlich die Aussage der Vertreterin des DLRG war. Herr Nobel hat auch eine Darstellungsvariante. Und meine Frage, 24 Stunden Besetzung, 365 Tage im Jahr, die wurde dann schon wieder so eingeschränkt, also das heißt, wem das klar war und wer das jetzt entschieden hat, mir war es nicht klar geworden und ich denke, es geht auch nicht nur um die Rettung während der Badesaison. Das Jahr ist lang und es gibt auch andere Situationen und das Bad hat keine Veranstaltungen genau für diesen Fall auch. Das war nochmal die Sache, deshalb ist es nicht nur für den Sommer gedacht.

Herr Lange

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Wenige Ja-Stimmen, sehr viele Gegenstimmen, wenige Stimmenenthaltungen. Damit ist das abgelehnt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unverzüglich ein mobiles Schlauchboot mit Motor anzuschaffen, dass bei der Freiwilligen Feuerwehr Nietleben stationiert wird.

zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Markt Vorlage: VI/2016/01950

Herr Bartsch führte in den Antrag ein. Es gab bereits vor Jahren einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Trinkbrunnen. Bisweilen hat sich zu der Thematik nichts bewegt. Der nun vorliegende Antrag soll als Anstoß dienen. Die Fraktion bittet um Zustimmung.

Herr Stäglin sagte, dass aus der Diskussion im Ausschuss heraus die Frage an die Fraktion offen blieb, ob der zweite Beschlusspunkt nötig ist. Dieser lautete: „Der Gestaltungsentwurf und das Realisierungskonzept einschl. Kostendarstellung ist dem Stadtrat vor der Realisierung zum Beschluss vorzulegen.“

Herr Dr. Meerheim erklärte, dass der zweite Beschlusspunkt gestrichen wird. Einem bereitwilligen Sponsor möchte man nicht vorschreiben, wie er gestalterisch agieren möchte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Installation eines Trinkbrunnens auf dem Markt in der Nähe der „Goldsole“ zu treffen oder darauf hinzuwirken, dass ein solcher Brunnen durch bürgerschaftliches bzw. unternehmerisches Engagement dort errichtet wird.

zu 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung Vorlage: VI/2016/01956

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Internetplattform der Stadt Halle (Saale) weiterhin barrierefrei zu gestalten:

Dazu sind alle

- Satzungen und Richtlinien, Hinweise zum Ausfüllen von Formularen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-Konvention (z. B. leichte Sprache) und

Anwendungsmöglichkeiten für Brailleschrift, Vorlesefunktion für Online-Texte zu überprüfen sowie

- anpassbare Textgrößen für Menschen mit Sehschwächen zu gewährleisten.

2. Zur Stadtratssitzung im September 2016 informiert die Stadtverwaltung zum Sachstand der Umsetzung und legt eine Terminplanung für weitere Maßnahmen vor.

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale) zu prüfen. Hauptinhalte dieser Broschüre sollen nach dem Vorbild der Veröffentlichung "Der Karlsruher Gemeinderat – 19. Wahlperiode 2014-2019" der Stadt Karlsruhe die Vorstellung der Mitglieder des Stadtrates, die Vorstellung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten mitsamt Zuständigkeiten und die Aufklärung über die Arbeit von Ausschüssen, Aufsichtsgremien und des Stadtrates sein.

2. Zur Abstimmung über die detaillierten Inhalte und die Gestaltung der Broschüre wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Verwaltung und Fraktionen eingesetzt.

3. Die Fertigstellung der Broschüre ist bis zum 30. Juni 2017 anzustreben.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufstrecken im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/01955**

**zu 8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufwegen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/02367**

Nach einer kurzen Verständigung zur Zeitschiene wurde der geänderte Änderungsantrag der Verwaltung von der Fraktion übernommen.

Frau Ernst informierte, dass ab Oktober 2016 bereits eine Übersicht von ausgewählten Laufstrecken im Internet zu finden sein wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung von Laufwegen im
Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/02367**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die zahlreichen attraktiven Laufstrecken im Stadtgebiet für alle Sportlerinnen und Sportler besser ausgewiesen werden können. Bis ~~Juni~~ **März** 2017 wird die Stadtverwaltung hierzu einen Vorschlag inklusive der dafür notwendigen Finanzierung erarbeiten.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung/Markierung
von Laufstrecken im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/01955**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die zahlreichen attraktiven Laufstrecken im Stadtgebiet für alle Sportlerinnen und Sportler ausgewiesen werden können. Bis März 2017 wird die Stadtverwaltung hierzu einen Vorschlag inklusive der dafür notwendigen Finanzierung erarbeiten.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen
Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich gegen die vom Hochwasserschutzbeirat der Stadt Halle empfohlene „Intensivierung der Unterhaltung der Saalevorländer“ im Bereich zwischen Magistrale und Kröllwitzer Brücke und für den Erhalt des ufernahen Grüns an der Saale und den Saalearmen aus.

zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulwegsicherheit vor Grundschulen
Vorlage: VI/2016/02022

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Verkehrssicherheit für Schülerinnen und Schüler vor den Grundschulen der Stadt weiter verbessert werden kann. Um die Anzahl der sog. „Elterntaxis“ bis direkt vor die Schule zu verringern, sind insbesondere die Schaffung von sicheren Bereichen um Schulen herum, in denen motorisierter Individualverkehr sowie das Parken und Halten zu Gunsten der Verkehrssicherheit - ggf. zeitlich - eingeschränkt ist und die Ermöglichung alternativer Haltebereiche in angemessener Sicherheitsdistanz zur Schule zu prüfen. In geeigneter Art und Weise sind Polizei und die betreffenden Gremien der Schulen in die Entwicklung der Vorschläge einzubeziehen.

zu 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der städtischen Förderrichtlinien in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: VI/2016/02213

Herr Wolter bat um Information zur Verfahrensweise, weil die Umsetzung erst in 2018 erfolgen wird. Er fragte nach dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass erst mit Gültigkeit der Richtlinie auch die entsprechenden Vorschriften gelten werden. Alle im nächsten Jahr gestellten Anträge für 2018 werden dann entsprechend erst endgültig sein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die städtischen Richtlinien zur Förderung von Projekten und Maßnahmen in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung dahingehend abzuändern, dass eine Anpassung der Regelungen zur Anerkennung von Eigenarbeitsleistungen als zuwendungsfähige Ausgaben vorgenommen wird. Orientiert werden soll sich dabei an den Regelungen des sog. Zuwendungsrechtsergänzungserlass des Ministeriums für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom 06.06.2016, der je erforderlicher beruflicher Qualifikation Pauschalwerte für eine Anerkennung von bis zu 15 Euro pro Stunde vorsieht. Vorschläge für Änderungen der Richtlinien sind dem Stadtrat bis zum 23.11.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf des Grundstücks Schopenhauerstraße 4
Vorlage: VI/2016/02215**

Herr Helmich führte in den Antrag ein.

Im Weiteren bat Herr Lange um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadt Halle verkauft das Grundstück Schopenhauer Straße 4 – ehemaliges Jugendamt - unter der Voraussetzung, dass der schützenswerte Baumbestand im Grundstücksbereich erhalten und bei der Anlage von PKW-Stellplätzen im Hofbereich Berücksichtigung findet. Die Zufahrt zum Grundstück erfolgt weiterhin über die bestehende Tordurchfahrt in der Schleiermacherstraße.

**zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) mit folgenden Kriterien zu ergänzen:

2. Antragstellung (S.2)

Antragsberechtigt sind:

- eingetragene, gemeinnützige Sportvereine, die ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben;
- Vereine, die dem Stadtsportbund Halle (Saale) angehören **und ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben;**
- Sportfachverbände des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale);
- weitere gemeinnützige Träger, die in ihrer Satzung die Förderung des Sports aufgenommen ~~haben~~ und **ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben.**

3. Antragsverfahren, Zuwendungsbewilligung, Verwendungsnachweis (S. 2):

Der Antragsteller stellt eine Übersicht mit folgenden Angaben zur Verfügung:

- **Skizze zu Inhalt und Charakter der Veranstaltung**
- **Kostenübersicht**
- **Differenzierte Darstellung der Einnahmen aus Startgeldern, Eintrittsgeldern und Sponsoren (ohne Stadtzuschuss)**
- **Differenzierte Darstellung der Ausgaben der Veranstaltungen**
- **Zuschauerzahlen**

Der Antragsteller fügt eine Bewertung der Veranstaltung – verfasst vom jeweiligen Landesfachverband / Stadtsportbund - mit folgenden Angaben dem Antrag bei:

- **Statement über die Veranstaltung, Stellenwert des Wettkampfes aus ihrer Sicht**
- **welche finanzielle und ideelle Unterstützung erfolgt durch den Fachverband oder Sportsportbund**

Die Verwaltung stellt dem zuständigen Fachausschuss eine Bewertung des Antrages zusätzlich mit folgenden Angaben zur Verfügung:

- **Prüfung der korrekten Anwendung der Förderrichtlinie**
- **Erstempfehlung der Förderhöhe**
- **Gewichtung der sportlichen Außenwirkung für die Stadt und Region**

Die Änderungen der Richtlinie werden für das Förderjahr 2017 wirksam.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Darstellung von Maßnahmen der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, des Dienstleistungszentrums Wirtschaft und Wissenschaft und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2016/02020**

Herr Häder führte in den Antrag ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Einbringung der Haushalts- bzw. Wirtschaftsplanentwürfe für die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft bzw. die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH eine Aufstellung vorzulegen, welche Maßnahmen des Standortmarketings sowie der sonstigen Wirtschafts-/Tourismusförderung bei einer zusätzlichen Aufstockung der jeweiligen Budgets um 5 % sowie 10 % durchgeführt werden könnten. Ein etwaig zur Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen erforderlicher höherer Personalbedarf ist dabei zu beachten und in die Darstellung einzubeziehen.

**zu 8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang mit Investorenanfragen
Vorlage: VI/2016/02185**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
30 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses der Vorlage VI/2016/01649 „Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen“.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über Interessensbekundungen privater Akteure mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von über 5 Mio. Euro unverzüglich für den Fall in Kenntnis zu setzen, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, keine weiteren Verhandlungen mit einem potentiellen Investor oben genannter Größenordnung aufzunehmen oder aufgenommene Verhandlungen zu beenden bzw. durch den jeweiligen Prozessbevollmächtigten einer städtischen Gesellschaft beenden zu lassen. Hierzu bedarf es einer ausdrücklichen Ermächtigung qua Beschluss durch den benannten Ausschuss.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Engagement-Beirat Vorlage: VI/2016/02313

Herr Scholtyssek führte in den Antrag ein.

Frau Ernst merkte an, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Möglichkeit besteht, auch ohne Mitglied im Engagement-Beirat zu sein, für die Ehrenamtskarte zu werben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beschließt die folgende Änderung zur aktuell geltenden Fassung der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements:

§ 6 Engagement -Beirat
(1) Der Stadtrat beruft auf Grundlage des § 79 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die Dauer von zwei Jahren einen Engagement-Beirat, in dem bis zu 20 Mitglieder tätig sind. Die „Engagement-Botschafterin des Jahres“ bzw. der „Engagement-Botschafter des Jahres“ ist Mitglied des Beirates.
2. Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements i. V. m. § 79 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die Dauer von 2 Jahren einen Engagement-Beirat, in den folgende Institutionen/Personen als Mitglied berufen werden:
 1. Stadtverwaltung Halle (Saale) - Der Oberbürgermeister
 2. Engagement-Botschafter/in
 3. Freiwilligen-Agentur

4. BÜRGER.STIFTUNG.HALLE
5. Arbeitskreis Christlicher Kirchen
6. Stadtfeuerwehrverband
7. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt
8. Stadtsportbund
9. Bündnis der Migrantenorganisationen
10. Kinder- und Jugendrat
11. Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale)
12. Allgemeiner Behindertenverband in Halle
13. Selbsthilfekontaktstelle
14. Dachverband der Arbeitgeber
15. Stadtelternrat
16. CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
17. DIE LINKE Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
18. SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
19. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
20. Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

3. Die Neubesetzung des Engagement-Beirates soll jeweils im September erfolgen.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von
Fahrradschnellwegen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02317**

**zu 9.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im
Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle
(Saale)
Vorlage: VI/2016/02362**

Herr Schramm führte in den Antrag ein. Er erklärte, dass die Fraktion DIE LINKE den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 9.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im
Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle
(Saale)
Vorlage: VI/2016/02362**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird um folgenden Satz ergänzt:

„2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die Ergebnisse der Prüfung bis Februar 2017 vorzulegen.“

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradschnellwegen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02317**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche sinnvollen Möglichkeiten es gibt, Fahrradschnellwege in der Stadt Halle einzurichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die Ergebnisse der Prüfung bis Februar 2017 vorzulegen.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02318**

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02363**

Herr Schramm führte in den Antrag ein. Er erklärte, dass die Fraktion DIE LINKE den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02363**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird um folgenden Satz ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die Ergebnisse der Prüfung bis Februar 2017 vorzulegen.“

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02318**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VI/2016/02310**

Herr Eigendorf führte in den Antrag ein.

Frau Krischok verwies den Antrag in drei Fachausschüsse für eine weitere Diskussion bezüglich der Kosten.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

1. ~~§ 12 Abs. 1 Nr. 3 wird gestrichen.~~
2. ~~In § 17 Abs. 2 Nr. 1 wird folgender Satz gestrichen: „Die Standflächengebühr auf dem Markt „Vogelweide“ beträgt 1,40 Euro, für Imbissstände erhöht sich die Gebühr um 0,60 Euro.“~~

§ 12 Abs. 1 Nr. 3 wird in der Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) dergestalt geändert, dass eine Durchführung des Wochenmarktes ‚Vogelweide‘ nur noch maximal dreimal wöchentlich möglich ist.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Ersatzparkplätzen für
Stadionanrainer
Vorlage: VI/2016/02311**

Frau Hintz führte in den Antrag ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten. Speziell sollte diskutiert werden, welche Anlieger davon betroffen sind.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des
Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, allen Anwohnern, deren Wohnsitz in einem Gebiet liegt, das während HFC-Heimspielen aus Sicherheitsgründen mit einer Durchfahrtsperre belegt wird oder von privaten PKWs freigehalten werden muss, für die Dauer der Sicherheitsmaßnahme einen alternativen Parkplatz in unmittelbarer Wohnortnähe zur Verfügung zu stellen.
2. Das Verfahren der temporären Stellplatzvergabe ist möglichst einfach zu gestalten.

zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation
Vorlage: VI/2016/02323

zu 9.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation (VI/2016/02323)
Vorlage: VI/2016/02356

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Lange

Dann können wir weiter gehen in der Tagesordnung zu 9.7. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation. Und dazu gibt es einen Änderungsantrag des Oberbürgermeisters. Herr Helmich.

Herr Helmich

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube wie wichtig das Thema Pflege für uns ist, muss ich auch gerade angesichts der fortgeschrittenen Tageszeit nicht mehr erläutern. Umso wichtiger ist es zu wissen, wie gut Halle mit einer qualitativen und vor allem auch quantitativ ausgestatteten Pflegeinfrastruktur ausgestattet ist. Das Gesetz, dessen Namen ich mir nicht besonders gut merken kann, nämlich § 4 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sieht für kreisfreie Städte und Landkreise im Land eine solche Berichterstattung über die Situation der Pflege der Infrastruktur auch verpflichtend vor. Das gibt es aktuell für Halle noch nicht. Insofern haben wir einen Bedarf erkannt, dem wir gerne auch als Antrag hier zur Debatte stellen wollen. Nämlich eine solche Analyse zu erstellen. Wir haben als Turnus für den Bericht zwei Jahre vorgeschlagen. Der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters sieht vier Jahre vor. Das erscheint uns etwas lang. Gerade mit dem Wissen darum, dass wir aktuell keine Vorlage haben und die nächste dann ja auch erst in vier Jahren über die Situation vorliegen würde. Insofern würden wir bei dem vorgeschlagenen Turnus von zwei Jahren bleiben wollen und bitten dafür um Zustimmung.

Herr Lange

Frau Brederlow zuerst.

Frau Brederlow

Also ich habe das nicht so verstanden, dass wir in vier Jahren den ersten vorlegen, weil wir bestreiten den Bedarf ja nicht. Wir bestreiten ja nicht, dass tatsächlich eine solche Analyse vorgelegt werden soll. Was wir sagen ist lediglich, ob es tatsächlich sinnvoll ist, so eine Informationsvorlage aller zwei Jahre zu haben. Mit der Analyse und dem was möglicherweise auch folgt. Und gerade im Pflegebereich wissen Sie ja auch, sind die

Zuständigkeiten nicht unbedingt kommunal. Sondern hier haben wir die Pflegekassen, hier haben wir das Land insbesondere in der Verantwortung. So dass wir davon ausgehen, wenn wir uns dazu verpflichten, von mir aus auch als Wortprotokoll, im Jahr 2017 eine erste Analyse vorzulegen und dann alle vier Jahre die nächste vorzulegen. Und zwischenzeitlich aber auch nicht untätig zu sein, sondern im Sozial- und Gesundheitsausschuss dieses Thema auch regelmäßig auf die Tagesordnung zu nehmen, ist uns mehr geholfen, als wenn wir alle zwei Jahre eine Informationsvorlage haben, wo wir uns dann wieder streiten, wie gehen wir im Endeffekt damit um.

Herr Lange

Frau Haupt und dann Herr Krause. Herr Helmich, haben Sie sich nochmal gemeldet?

Frau Haupt

Inhaltlich schließe ich mich an, brauchen wir nicht allzu viel mehr dazu sagen. Ich will nur noch mal darauf verweisen, dass heute bei der Einbringung des Haushaltes eben ja auch diese neue Herausforderung auf uns zukommt, wenn wir an die demografische Entwicklung denken. Das sei vielleicht noch mal gestattet. Und genau das hat uns auch noch mal dazu bewogen, dem Antrag auch auf zwei Jahre Berichterstattung zuzustimmen. Also das ist unsere Intension. Ich verstehe das dass, wir ja auch vorhatten, jetzt im Gesundheits- und Sozialausschuss zu berichten. Das war ja auch schon mal geplant aber vier Jahre ist natürlich ein ziemlich langer Zeitraum. Ich meine, wenn wir das im Ausschuss klar aber dann können wir es auch als Information in den Stadtrat geben. Weil wir denken, das sind ja doch viele Dinge, auch wenn die Kommune nicht ganz und allein dafür verantwortlich ist, aber zeigt doch viele Ebenen, auf die man dann anders reagieren kann und ein Bericht muss ja nicht immer heißen, dass es ein dickes Pamphlet ist, sondern aufbauen kann auf so einen Grundbericht und deshalb schlagen wir schon, zumindest für die erste Zeit diesen zwei Jahres Rhythmus auch vor. Schlagen nicht vor, sondern unterstützen das, so rum.

Herr Lange

Herr Krause.

Herr Krause

Wir finden es sehr positiv, dass die Verwaltung diesen Antrag so aufnimmt und über die nicht vorhandene Pflicht hinaus, sich dieser Aufgabe stellen will. Wir plädieren auch eher Richtung zwei Jahre. Wenigstens am Anfang. Weil wir auch glauben zum Beispiel, dass, wenn man einmal diese grundsätzliche Analyse gemacht hat, das Fortschreiben nicht mehr diesen Aufwand bedeutet als sozusagen erstmal die grundsätzliche Erstellung eines Berichtes. Aber wie pressant eigentlich oder pressant ist vielleicht das falsche Wort, das ist noch zu früh, wie wichtig das Ganze eigentlich ist, dass wir eine Gesamtschau seitens der Kommune auf dieses Thema kriegen, das müsste sich eigentlich allen erschließen. Also wir haben in der Fraktion ambivalent diskutiert. Die einen haben gesagt, vier Jahre wären ausreichend. Andere haben gesagt, zwei Jahre wären gut. In der Folge waren wir uns nicht ganz sicher aber zwei Jahre wäre wohl sicherlich der richtige Rhythmus. Später kann man das, wenn sich das verstetigt hat, auch noch mal verändern. Aber zu Beginn brauchen wir da eine relativ gute Übersicht, wenn wir sowas machen.

Herr Lange

Herr Helmich. Dann Herr Bönisch. Herr Helmich zieht zurück, dann ist Herr Bönisch dran.

Herr Bönisch

Ja, ich wurde gerade aufgefordert, drei Jahre vorzuschlagen als Kompromiss. Aber das ist nicht ernst gemeint. Also ich möchte jetzt, so wie ich diese Wortmeldung höre, dann lieber doch nicht der Verwaltung zustimmen mit den vier Jahren und das zur Abstimmung bringen, was wir dann verlieren und dann beschließen wir zwei Jahre. Ich möchte einen anderen Kompromiss einbringen. Das wir nämlich sagen, wir hören uns den ersten Bericht an und

beschließen dann, wann wir den nächsten haben wollen. Ich habe nämlich die dringende Befürchtung, dass wir hier Erwartungen mit verknüpfen, die sich dann gar nicht erfüllen werden. Was sollen wir dann als Kommune tun, wenn wir feststellen, in Halle ist dieses oder jenes möglicherweise nicht optimal. Sollen wir dann selber ein Pflegeheim bauen oder was? Also mein Kompromissvorschlag, wir nehmen jetzt nicht die Frist, wann der zweite Bericht kommt, sondern die Verwaltung sagt hier, der erste Bericht kommt in 2017. Das hilte ich dann für gut und angemessen. Und das wir erst dann entscheiden, wann der nächste vorgelegt werden soll. Das wäre jetzt mein Änderungsantrag. Den habe ich nicht schriftlich formuliert, weil ich von der Diskussion überrascht worden bin. Aber ich hoffe, das lässt sich in der Intension so noch herstellen. Vielleicht kann der Antragsteller das ja einfach übernehmen. Dann wäre das ideal. Danke.

Herr Lange

Herr Helmich.

Herr Helmich

Wir können mit dem Vorschlag von Herrn Bönisch gut leben und würden also dem folgen und das so übernehmen und dann nach der ersten Berichterstattung 2017 über die folgenden Zeiträume reden wollen.

Herr Lange

Herr Bönisch würde einen Formulierungsvorschlag machen? Gut, also der Formulierungsvorschlag lautet: Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Jahr 2017 das vorzulegen. Und dann, sobald das vorgelegt wird, wissen wir alle noch, dass man dann einen Zeitraum festlegen muss, wann das nächste kommt. Ja? Gut. Dann lasse ich das so abstimmen. Wer zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Klare Mehrheit. Gegenstimmen. Stimmenenthaltungen. Damit ist das beschlossen.

-Ende Wortprotokoll-

**zu 9.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über die Pflegesituation
(VI/2016/02323)
Vorlage: VI/2016/02356**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle ~~zwei~~ vier Jahre dem Stadtrat und der Öffentlichkeit einen Situationsbericht mit einer Analyse der Pflegesituation in Halle als Informationsvorlage vorzulegen.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berichterstattung über
die Pflegesituation
Vorlage: VI/2016/02323**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2017 dem Stadtrat und der Öffentlichkeit einen Situationsbericht mit einer Analyse der Pflegesituation in Halle als Informationsvorlage vorzulegen.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329**

**zu 9.8.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358**

Herr Rupsch führte in den Antrag ein. Der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters sei zu unspezifisch, so dass man davon Abstand nehmen möchte.

Frau Krischok begrüßte die Vorlage eines überarbeitenden Konzeptes für Baumpatenschaften. Zur weiteren Diskussion verwies sie den Antrag im Namen der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 9.8.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung überarbeitet das Konzept für Baumpatenschaften mit dem Ziel einer Vereinfachung und Klarstellung der Patenschaftsmöglichkeiten. Die überarbeiteten Regelungen sollen spätestens ab Frühjahr 2017 gelten.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung überarbeitet das Konzept für Baumpatenschaften unter Berücksichtigung der Maßgabe, dass eine Patenschaft für einen einzelnen Baum mit Namensschild für den/die Pat*in nicht teurer als 250 EUR ist.

**zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU/FDP, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und SPD zum Erhalt der Bundesstützpunkte Schwimmen, Rudern, Leichtathletik und Wasserspringen und zum Fortbestand der Eliteschulen des Sports in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02368**

Herr Hajek führte in den Antrag ein.

Vor zwei Wochen habe man die Information erhalten, dass einige Bundesstützpunkte in Halle (Saale) gestrichen werden sollen. Grundsätzlich erfolgt nach vier Jahren eine neue Eingliederung durch den Deutsch-Olympischen Sportbund mit den Spitzenfachverbänden und jeweils einen Vertreter aus den Bundesländern.

Am 18./19.10.2016 findet die Eingliederungsrunde statt. Dort wird über die Schwimmer und Ruderer debattiert. Weitergehend sind im Antrag auch die Bereiche Leichtathletik und Wasserspringen vor dem einfachen Hintergrund aufgenommen, dass es in Halle (Saale) ehemals sechs Bundesstützpunkte gab. Die Bereiche Turnen und Rhythmische Sportgymnastik wurde bereits im Jahr 2008 gestrichen. Eine endgültige Entscheidung für die jetzige Runde wird erst im Dezember 2017 getroffen.

Er informierte weiter, dass bereits in den Verhandlungen vor gut 10 Jahren die Sportschulen aus der Länderträgerschaft in die Kommune zurückgeführt worden sind. Aus diesem Grund ist der zweite Beschlusspunkt mit aufgeführt.

Herr Oberbürgermeister habe zur Thematik bereits einen guten Aufschlag in der Beigeordnetenkonferenz begonnen. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass sowohl in der Beigeordnetenkonferenz sowie in weiteren öffentlichen Veranstaltungen genau diese Zielrichtung bereits verfolgt wurde. Auch er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Dr. Meerheim merkte zum Beschlusspunkt 2 an, dass ein solcher Aufschrei des Stadtrates auch bei der Herabstufung der Leistungszentren für die Ballsportarten in Halle (Saale) ab dem Jahr 2017 hätte erfolgen müssen. Denn diese sind gerade für die Eliteschulen unabdingbar.

Im Weiteren bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadt Rat beschließt:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Erhalt der Bundesstützpunkte Schwimmen, Rudern, Leichtathletik und Wasserspringen am Standort Halle (Saale).
2. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Fortbestand der Eliteschulen des Sports in Halle (Saale).

**zu 9.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02195**

Herr Borggrefe führte in den Antrag ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) auf Basis des am 22.06.2016 beschlossenen Sportprogramms anzupassen.
2. Die angepasste Richtlinie ist dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 14.12.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Objekt Reilstraße 77/78
Vorlage: VI/2016/02324**

Die Beantwortung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Bewerbung um den Titel
"Kulturhauptstadt Europas 2010"
Vorlage: VI/2016/02309**

Frau Dr. Wünscher erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Alle aufgeführten Aspekte entsprechen nicht der Fragestellung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Konkretisierung, damit Abhilfe geleistet werden kann.

Frau Dr. Wünscher erklärte sich nicht einverstanden mit der Aussage, dass die Fusionierung der beiden Orchester ein Effekt aus der Bewerbung zur Kulturhauptstadt wäre. Es war vielmehr ein jahrelanger Prozess. Die Gründung der TOO und die Umwandlung in eine GmbH waren Prozesse, die lange gedauert haben und bereits lange diskutiert und notwendig waren. Dies alles mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt zu begründen, kann ich keiner Weise nachvollzogen werden.

**zu 10.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur
Entwicklung von Gewerbeflächen
Vorlage: VI/2016/02312**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu
Überschwemmungen bei Starkregenereignissen
Vorlage: VI/2016/02209**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum
Wassertourismuskonzept
Vorlage: VI/2016/02216**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Montagsdemos
Vorlage: VI/2016/02178**

Die Beantwortung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

**zu 10.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Berichterstattung zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2016/02320**

Frau Krischok erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Der Beschluss aus dem Jahr 2001 ist veraltet. Es sollte doch eine Überarbeitung dessen erfolgen.

Sie merkte weiter an, dass seit längerer Zeit eine Einladung für den Verein „Bündnis gegen Rechts“ fehlt. Darüber hinaus habe man keine Kenntnis, welche Akteure grundsätzlich eingeladen werden.

Frau Ernst erklärte, dass eine Änderung des Beschlusses per Antrag möglich ist. Eine Auflistung, welche Akteure eingeladen werden, wird gern bereitgestellt. Sollten dabei

Ergänzungen des Teilnehmerkreises gewünscht werden, bittet die Verwaltung um Mitteilung.

**zu 10.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Nutzung des Hufeisensee-Areals
Vorlage: VI/2016/02316**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Projekt Aufgabenkritik und Prozessoptimierung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02306**

Die Beantwortung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

**zu 10.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VI/2016/02315**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: VI/2016/02180**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zu den Ausbauvorhaben der 2. Stufe des Stadtbahnprogramms: Abschnitte Merseburger Straße Mitte und Süd
Vorlage: VI/2016/02034**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Radwegeverbindungen zwischen Halle und Leipzig
Vorlage: VI/2016/02327**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung des neuen Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/02325

Herr Rupsch fragte, ob der Nahverkehrsbeirat dem Fahrgastbeirat der HAVAG entspricht.

Herr Stäglin erklärte, dass dies nicht das gleiche Gremium ist. Der Nahverkehrsbeirat wird einberufen, wenn der Nahverkehrsplan überarbeitet wird.

Herr Rupsch bat um Information, wie sich dieser zusammensetzt. Weiterhin fragte er, ob mit Beteiligung des Nahverkehrsbeirates eine Beteiligung der Bürgerschaft obsolet ist.

Herr Stäglin schilderte, dass der so vollzogene Werdegang den gesetzlichen Regelungen entspricht, wenn es um die Bearbeitung eines Nahverkehrsplanes geht.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation weiblicher Geflüchteter in Halle
Vorlage: VI/2016/02202

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Arbeit des Ausländerbeirats
Vorlage: VI/2016/02322

Die Beantwortung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

zu 10.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradregistrierungen
Vorlage: VI/2016/02321

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Quartalsbericht I/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2016/01882

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Herr Lange zu Anträgen auf Wortprotokolle

Herr Lange informierte, dass es bisweilen Anträge auf Wortprotokolle zu den Tagesordnungspunkten 5, 7.2, 7.30, und 9.7 gibt.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Bönisch zu Terminvergaben in der Ausländerbehörde

Herr Bönisch fragte nach dem Stand der Beantwortung seiner Anfrage zu nicht mehr möglichen Terminvergaben in der Ausländerbehörde für das Jahr 2016.

Herr Geier informierte, dass es entsprechende Hinweise gab, dass keine Termine mehr vergeben werden und wenn, dann nur durch entsprechende finanzielle Gegenleistung. So wurde er in der Presse geschildert. Nach erfolgter Prüfung kann dies nicht bestätigt werden. Auf diese Situation wird dennoch entsprechend reagiert. Bei der Terminvergabe per E-Mail muss nun ein Name angegeben werden. Bei der Terminvergabe vor Ort wird dies durch entsprechendes Vorlegen eines Personaldokumentes notiert.

zu 12.2 Frau Ranft zum TOP 7.10

Frau Ranft fragte zum heute nicht behandelten Tagesordnungspunkt 7.10, ob die Verwaltung der Verfahrensweise der Stadt Grenoble folgen wird, welche gänzlich auf Werbung im öffentlichen Raum verzichtet oder dieses nur sehr stark eingeschränkt zulässt.

Herr Stäglin verneinte dies.

zu 12.3 Herr Helmich zum Basketballplatz am Unterberg

Herr Helmich erinnerte an den Beschluss des Stadtrates aus der Juni-Sitzung 2016 zur Prüfung des brachliegenden Basketballplatzes am Unterberg. Er fragte nach dem Stand der Prüfung.

Frau Dr. Marquardt informierte, dass dazu im kommenden Sportausschuss eine Mitteilung erfolgen wird.

zu 12.4 Frau Winkler zur Bürgerbeteiligung am 5. Oktober 2016

Frau Winkler fragte nach dem Stand der Anmeldungen für die Veranstaltung Bürgerbeteiligung am 05.10.2016.

Herr Geier bezifferte die Anmeldezahl auf fünf Personen.

zu 12.5 Herr Häder zur Martha-Brautzsch-Straße

Herr Häder informierte, dass in der kommenden Woche Bauarbeiten der HWS in der Martha-Brautzsch-Straße beginnen werden. Für das nächste Jahr sind wieder Arbeiten bezüglich der Verbindung der Fernwärmeleitungen von der Georgstraße zur Willy-Lohmann-Straße geplant. In beiden Fällen wird die Martha-Brautzsch-Straße gesperrt. Er fragte, ob beide Maßnahmen nicht zeitgleich erfolgen könnten.

Herr Stäglin sagte eine Prüfung zu.

zu 12.6 Herr Wolter zum Ordnungsamt

Herr Wolter erklärte, dass es am Haupteingang des Hauptbahnhofs vermehrt Konflikte bei den Taxi-Parkplätzen gibt. Ein Bürger habe vom Fachbereich Sicherheit die Auskunft erhalten, dass diese am Sonntag keine Kontrollen durchführen und die Polizei hier nicht eingreift, da der ruhende Verkehr betroffen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass diese Konfliktlage bereits seit längerer Zeit bekannt ist, da die Parkmöglichkeiten begrenzt sind. Die Taxigenossenschaften sind mit dem Fachbereichsleiter Herrn Teschner im Gespräch und suchen nach Lösungen.

Es sagte eine schriftliche Beantwortung.

zu 12.7 Herr Senius zur Ausländerbehörde

Herr Senius nahm Bezug auf die Pressemitteilung zur Ausländerbehörde. Er fragte, ob Termine für Flüchtlingersuchende über Monate hinaus ausgebucht sind und wie lange die Wartezeit beträgt.

Weiterhin fragte er, wie viele neue Stellen in der Ausländerbehörde besetzt werden und wann eine Umsetzung erfolgen wird.

Herr Geier antwortete, dass die Terminvergabe vor dem Hintergrund der Sprachbarriere zu 50 % online und zu 50% persönlich vor Ort erfolgt. Durch diese Quote hat sich die Wartezeit verlängert. Bei Schaffung vier zusätzlicher Stellen in der Ausländerbehörde kann der Problematik Abhilfe geschaffen werden.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur barrierefreien Internetseite der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/02370

Die Fraktion die LINKE im Stadtrat Halle (Saale) regte an, dass

1. der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) in seinem Bericht in der Dezembersitzung des Stadtrates 2016 über den Stand der Einführung der

Vorlesefunktion (hier: Vorlesesoftware Readspeaker) auf der Internetseite halle.de berichtet

u n d

2. die Verwaltung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) im 2. Quartal 2017 über weitere Verbesserungen der barrierefreien Informationen auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) informiert. Hier sollten vor allem über die Einführung von Gebärdendolmetschervideos und Seiten in leichter Sprache informiert werden.

Im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 15.09.2016 berichtete die Stadtverwaltung auf Grund eines Antrages der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung ausführlich. Auf Grund dieser Informationen wurde der Antrag von der Fraktion zurückgezogen. Da der Oberbürgermeister für die sachgerechte technische Ausstattung des Internetauftritts der Einhaltung der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und der Behindertengleichstellungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt verantwortlich ist, geben wir die Anregung über den Sachstand – wie oben beschrieben – zu berichten.

zu 13.2 Herr Dr. Wend zum Platz am Graseweghaus

Herr Dr. Wend informierte, dass es am Platz am Graseweghaus zwei doch recht expansive Gaststätten gibt. Die dort ansässigen Händler fühlen sich dadurch bedrängt. Er regte eine entsprechende Prüfung an, auch im Hinblick der künftigen Entwicklung des doch schönen Platzes.

zu 13.3 Frau Haupt zu Angeboten für Familien mit Kindern durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Frau Haupt regte an, die Angebote für Familien mit Kindern über die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zu verbessern.

zu 13.4 Frau Haupt zur Bekämpfung der Kinderarmut

Frau Haupt regte an, im Rahmen einer Konferenz oder Zukunftswerkstatt die Thematik zur Bekämpfung von Kinderarmut noch einmal zu erörtern. Daran könnten sehr gern Jobcenter und weitere Akteure teilnehmen.

zu 13.5 Herr Dr. Meerheim zu Präsentationen

Herr Dr. Meerheim regte an, dass die Präsentation des Oberbürgermeisters, welche zu Beginn jeder Stadtratssitzung gehalten wird, dem Protokoll beigefügt wird.

Diesbezüglich ergänzte **Herr Lange**, dass generell alle gehaltenen Präsentationen der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden sollten. Mitunter müsste dieser Aspekt in die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse aufgenommen werden.

zu 13.6 Frau Ranft zum Stadtmarketingbeirat

Frau Ranft regte an, dass der Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH seine Arbeit aufnehmen sollte.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Badeunfällen am Heidensee im Sommer 2016

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates. Er bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer